Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,[illegible] RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis [illegible] Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 9. August 1926 — Nummer 172

Erwerbslosen-Konferenz für Sachsen

Der Landeskongreß der sächsischen Erwerbslosen

Dresden, 9. August. Wie uns mitgeteilt wird, beruft der provisorische Landesausschuß der Erwerbslosen Sachsens für **Donnerstag, den 12. August** nach **Dresden** eine **Landeserwerbslosen-Konferenz** ein, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigt: 1. Die politische Lage und die Lage der Erwerbslosen in Sachsen. 2. Die Aufgaben der Erwerbslosen Sachsens. Zu diesem Landeserwerbslosen-Kongreß schreibt uns Genosse Reichstagsabgeordneter **Siegfried Rädel**:

Der provisorische Erwerbslosenausschuß für Sachsen beruft für den 12. August 1926 einen Kongreß der Erwerbslosenvertreter Sachsens ein. Damit ist ein wichtiger Schritt getan für Organisierung des Abwehrkampfes der Arbeiterschaft gegen den immer stärker werdenden Angriff der Bourgeoisie, die kaltblütig und unberührt von der furchtbaren Lage der jedweder Existenzmöglichkeiten beraubten Arbeiter ihr Ziel, die Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft, zu erreichen sucht. Daß es nicht Aufgabe der Erwerbslosen allein sein kann, den Abwehrkampf gegen die die Existenz von Millionen deutscher Arbeiter zerstörende Rationalisierungspolitik der Kapitalisten zu führen, dessen sind sich die Erwerbslosen voll bewußt. In ihren Aufrufen zum Kongreß wenden sich deshalb die Erwerbslosen an die Gewerkschaftsausschüsse und Betriebsräte, mit der Aufforderung, an dem Kongreß teilzunehmen. Die Erwerbslosen wollen keine Zersplitterung, sondern eine einheitliche Kampffront. Es ist also allen, die einen wirklichen Kampf gegen die räuberische Politik der Kapitalisten führen wollen, Gelegenheit gegeben, den einheitlich geführten Kampf organisieren zu helfen.

Die Erwerbslosen sind keine Klasse für sich und wenn sie aus höchster Not die Initiative ergreifen und den Kampf zu organisieren beginnen, so bedeutet ihr Vorgehen die Sammlung zum Klassenkampf des gesamten Proletariats.

Aus unzähligen Versammlungen und Konferenzen der Erwerbslosen ist an die Führer der Gewerkschaften der Ruf ergangen, die Erwerbslosen zusammenzufassen und die Führung der Erwerbslosenbewegung zu übernehmen. Statt dem Rufe Folge zu leisten, haben sich die Führer der Gewerkschaften in Dresden mit den Vertretern der kapitalistischen Regierung zusammengesetzt und die Regierung unterstützt den Schwindel mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm an den Mann zu bringen.

Für die Erwerbslosen ist bisher nur Spott und Hohn die Antwort gewesen. Schrieb doch die sozialdemokratische Presse vor kurzem erst: „Daß für die Erwerbslosen nichts getan werden könne, weil sie sich nicht genügend rühren." Nun, die Erwerbslosen werden den Herrschaften zeigen, daß sie sich rühren und der Kongreß in Sachsen wird der gesamten Arbeiterschaft die Aufgaben zeigen, die vor dem deutschen Proletariat stehen. Die Bewältigung dieser Aufgaben wird jedoch nur möglich sein, wenn die gesamte Macht des Proletariats eingesetzt wird und alle hemmenden, heuchlerisch jede Aktion verhindernden Elemente aus der Arbeiterbewegung ausgemerzt werden. Die Säuberung der Arbeiterbewegung von den Vorposten der Bourgeoisie ist die erste Voraussetzung für die Bildung einer einheitlichen Kampffront.

Die Gefahren für das Proletariat wachsen. Jeder Blick in die bürgerlichen Zeitungen muß auch den größten Optimisten über die gefährliche Lage orientieren. Jede Zeile, die zur Wirtschaftslage geschrieben ist, signalisiert der Arbeiterschaft neue Gefahren in bezug auf die Arbeitsbedingungen. Aus jeder Erzählung der bürgerlichen Politiker über die innere politische Lage spricht der eiserne Wille, alle Macht- und Gewaltmittel des Staates zur Anwendung zu bringen, falls die Kapitalisten bei der Ausräuberei der werktätigen Massen auf deren Widerstand stoßen würden. Die von der Berliner Polizei bewußt herbeigeführten Zusammenstöße mit den Erwerbslosen, sowie die Provozierung der Erwerbslosen im ganzen Reiche durch Verwaltungsbehörden und Polizei, zeigen, daß die Bourgeoisie die für sie im Zusammenschluß der Arbeiter liegende Gefahr kennt und deshalb versucht, die Arbeiter nach bewährter Methode isoliert zu schlagen. Die Brutalitäten der Berliner Polizei zeigen erneut, daß die Bourgeoisie und ihre Henkersknechte Sentimentalitäten nicht kennt. Alles, was die Heiligkeit des Geldsacks verletzen könnte, wird erbarmungslos niedergeschlagen. Im Hintergrunde der jetzigen Zusammenstöße der regulären Staatsmacht mit den Erwerbslosen lauert die weiße Fratze der irregulären Bürgerkriegstruppen der Bourgeoisie jederzeit bereit, sich mit der ganzen viehischen Bestialität, die das Proletariat zur Genüge kennt, auf die ihr Recht fordernden Arbeitermassen zu stürzen.

In dieser Situation wird der Kongreß der Erwerbslosen Sachsens zu einer wichtigen Etappe auf dem Wege zu dem Kongreß der Werktätigen Deutschlands, der aus der Mobilisierung der Massen herauswachsen muß und dessen Aufgabe es ist, alle Ausgebeuteten um ein einheitliches Kampfprogramm zu scharen. Mobilisierungsarbeit ist es, die der sächsische Erwerbslosenkongreß zu leisten hat, Mobilisierung für die kommenden Auseinandersetzungen, die in den furchtbaren sozialen Verhältnissen wurzeln. Trotz der Sabotage der kampfscheuen Gewerkschaftsbureaukratie müssen die Ortsausschüsse der Gewerkschaften ihre Vertreter zu dem Kongreß der Erwerbslosen entsenden. Ebenso müssen die Betriebsräte, die wirkliche Vertreter der Arbeiter sein wollen, an diesem Kongreß teilnehmen.

Die Kapitalisten wollen die Armee der Erwerbslosen gegen die Arbeiter in den Betrieben mit dem Ziel des Abbaues der Löhne ausspielen. (Die [illegible]industriellen fordern 25prozentigen Lohnabbau und Beseitigung des Urlaubes.) Die Arbeiter im Betrieb müssen mit den Erwerbslosen um eine menschenwürdige Existenz kämpfen.

Die Erwerbslosen werden als Notstandsarbeiter gezwungen, unter den Tariflöhnen zu arbeiten. Es gilt, die Gewerkschaften in den Kampf gegen diese schamlose Ausbeutung hineinzustellen und die den Kampf sabotierende Gewerkschaftsbureaukratie aus den Gewerkschaften hinauszuschmeißen.

Die Erwerbslosen sollen auf das Land unter die Knute der Junker deportiert werden. Es gilt, auf dem Lande Existenzverhältnisse zu schaffen, die eine freiwillige Rückwanderung der vor der Junkerpeitsche in die Industriestädte geflüchteten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ermöglichen.

Die Kapitalisten entlassen [illegible] und verlängern die Arbeitszeit für die im Betrieb [illegible]enden. Es gilt, den Kampf für den Achtstundentag und für die Sechsstundenschicht im Bergbau sofort in vollem Umfange aufzunehmen.

So reiht sich Aufgabe an Aufgabe, die nur durch die Führung eines zähen unermüdlichen Kampfes in breitester Front gelöst werden können. Das gelegentliche Maulaufreißen der Reformisten hilft nichts. Der Kampf der Einheitsfront des Proletariats gegen den Kapitalismus einmal begonnen, wird dem kämpfenden Proletariat zeigen, daß es seine Zukunft nur sichern kann, wenn es sich zum Herren der Produktion macht, die Herrschaft der Bourgeoisie bricht durch die Eroberung der politischen Macht.

Der Kongreß der Erwerbslosen Sachsens bedeutet einen Halt auf dem Wege des Zurückweichens vor dem wuchtigen Angriff des Unternehmertums. Die Bedeutung dieser Tatsache wird wachsen, wenn die gesamte deutsche Arbeiterschaft die Losung des Kongresses — Sammlung und Gegenangriff — aufnimmt und durchführt.

Das Schandurteil von Leipzig

48 Jahre Zuchthaus für 10 Arbeiter

Leipzig, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Prozeß gegen die bayrischen Kommunisten wurde vom Ferienstrafsenat des Reichsgerichts am Sonnabend mittag das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden unter Ausnahme eines besonders schweren Falles nach §§ [illegible] und [illegible] des Sprengstoffgesetzes und §§ 5 und 7 des Republikschutzgesetzes verurteilt, die Angeklagten **Rothärmel, Cuprian** und **Frank** zu je 6 Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, **Röger** zu 10 Jahren Zuchthaus, 1000 Mark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust, **Kopp** zu 7 Jahren Zuchthaus und 700 Mark Geldstrafe, **Klebich** zu 8 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und [illegible] Mark Geldstrafe, **Steindl** zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, **Thaler** zu 2 Jahren Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe. Gegen **Cuprian** und **Klebich** wurde außerdem auf Ausweisung aus dem Reichsgebiet erkannt. Sämtlichen Angeklagten wurde ein Teil der Geldstrafen und 3 bis 7 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Die bürgerliche Klassenjustiz wütet immer brutaler gegen das deutsche Proletariat. Das Urteil gegen die bayerischen Arbeiter, die von den Faschisten aufs höchste bedroht, zur Abwehr griffen, ist ein Schlag in das Gesicht des gesamten Arbeiterklasse. Wegen eines angeblich begangenen Hochverrates wurden schwere Zuchthausstrafen gegen Arbeiter verhängt, während die wirklichen Hoch- und Landesverräter, die Führer des Ludendorff-Hitler-Putsches, noch heute auf freiem Fuße sind, oder aber nur geringe und milde Festungsstrafen erhielten.

Der Senatsvorsitzende **Baumgarten** erklärte schon die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei als eine strafbare Gesetzesverletzung. Das ist ein frecher Angriff auf die Klassenorganisationen der Arbeiter. Das Schandurteil des Reichsgerichts ist genau wie die Unterdrückung der kommunistischen Presse durch den „Demokraten" **Külz**, das Verbot der Antikriegsdemonstrationen durch den alten Sozialdemokraten Kühn und die unaufhörlichen Provokationen der Polizeigarden ein Teil des planmäßig konzentrierten Angriffs gegen die Kommunistische Partei als erste Etappe der großen Offensive der Unternehmer und ihrer willfährigen Knechte in der Regierung des Reiches und der einzelnen Länder, die für den kommenden Herbst vorbereitet wird. Der Terror gegen die Kommunisten ist die Vorbereitung der Offensive gegen die ganze Arbeiterklasse.

Dieser unerhörte und brutale Angriff gegen die KPD vollzieht sich unter dem frenetischen Jubel der ganzen bürgerlichen Pressemeute. Die SPD-Presse, insbesondere der „Vorwärts", der jeden Tag dem Magdeburger Prozeß ganze Spalten widmet, findet kein Wort des Protestes oder der Verurteilung dieses schamlosen Bluturteils des Reichsgerichtshofes. Dafür füllen die sozialdemokratischen Blätter ihre Spalten mit einer verstärkten antibolschewistischen Hetzkampagne.

Trotz dieser neuen Welle des gesteigerten weißen Terrors wird die KPD die Kräfte der Arbeiterklasse sammeln, um für die kommenden Kämpfe im Herbst gerüstet zu sein. Die Sammellosung heißt:

Her mit dem Kongreß der Werktätigen!
Nieder mit dem Republikschutzgesetz, das die proletarischen Klassenkämpfer ins Zuchthaus sperrt und die Arbeitermörder frei herumlaufen läßt!
Heraus mit den politischen Gefangenen!
Nieder mit dem Schandurteil gegen die bayrischen Arbeiter.
Fort mit den reaktionären Richtern!

Die Erwerbslosen und der Sächsische Landtag

Von A. Lieberasch.

Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft in den Jahren 1922 bis 1926, der Zeit der Landtagssession, war zwar eine dauernde, unterlag aber sehr starken Schwankungen. Dies zeigen die wechselnden Ziffern der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Zur Zeit kann man die Verhältnisse als stabil ansehen, d. h. die bürgerliche Gesellschaft hat das Elend der Erwerbslosen stabilisiert. Die Ziffern der Erwerbslosen zeigen nur geringe Schwankungen und nur Verschiebungen untereinander. Für den Herbst und Winter rechnen alle eingeweihten Kreise mit einer weiteren starken Steigerung der Erwerbslosigkeit.

Was haben die Parteien des Sächsischen Landtages getan, um den Erwerbslosen zu helfen?

Vier Jahre Sächsischer Landtag und dauernde Arbeitslosigkeit; aber nicht in einem Falle hat die Regierung von sich aus irgendwelche Vorschläge gemacht, um den Erwerbslosen in ihrem Elend zu helfen.

Dasselbe Bild zeigen sämtliche Parteien, mit Ausnahme der KPD. Weder die SPD, deren Anhängerzahl zu 90 Prozent aus Arbeitern besteht, noch die Bürgerlichen ergriffen die Initiative, um den Erwerbslosen zu helfen.

Die kommunistische Fraktion zwang die Parteien immer und immer wieder, zum Erwerbslosenproblem Stellung zu nehmen.

Bereits in der 6. Sitzung des Landtags wurde **eine Erhöhung von 200 Prozent ab 1. Dezember 1922 verlangt und angesichts der sich dauernd steigernden Inflation als Grundlage des Existenzminimums zu nehmen und die Unterstützung automatisch zu erhöhen.**

Dieser Antrag wurde **gegen die Stimmen der Kommunisten von allen abgelehnt.**

Bei den Ausschußverhandlungen im Januar 1923 forderten die Kommunisten für den Familienvorstand 6000 Mk. und für jeden Zuschlagsberechtigten 3300 Mk. pro Woche. Diese Sätze sollten in derselben Höhe steigen, wie die Beamtengehälter. (Der Dollar stand an diesem Tage auf 20 000 Mk.) Für die Wintermonate sollten 100 Prozent und die Sommermonate 50 Prozent als Sonderzuschlag gezahlt werden. **Die Mehrheit:** SPD bis Deutschnationale, lehnte **dies ab und schlug 1200 Mk. pro Woche** vor.

Der Antrag blieb liegen und mußte im Mai nochmals behandelt werden; er war durch die Inflation längst überholt. Er wurde am 14. Mai 1923 erledigt. **(Der Dollar stand auf 46 000 Mk.) Die kommunistische Fraktion schlug 30 000 Mk. pro Woche und 15 000 Mk. für den Zuschlagsberechtigten vor.** SPD bis Deutschnationale lehnten ab und **nahmen** 3600 Mk. für die Frau 2100 Mk. und Kinder 1200 Mk. an. Der **Höchstbetrag** sollte das 3fache seines Satzes **nicht übersteigen, also 10 800 Mk.** betragen (ungefähr 90 Goldpfennige).

Weiter verlangte die kommunistische Fraktion **für alle, die länger als 5 Wochen erwerbslos waren, eine Wirtschaftsbeihilfe in Höhe des fachen Betrages der Unterstützung und sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.**

Alle Anträge der kommunistischen Fraktion wurden abgelehnt. Der SPD-Vertreter Sachsens begründete dies damit, man müsse sich **mit den Unterstützungssätzen im Rahmen der Löhne halten.** Die Lohnpolitik der Unternehmer wurde damit unterstützt. **(Das von Kuczinsky für April errechnete Existenzminimum betrug für eine 4köpfige Familie 74 772 Mk.)**

Am 29. Mai 1923 verlangte die kommunistische Fraktion, daß sofort ein Dringlichkeitsantrag (Nr. 308) behandelt würde, der die **Erhöhung der Sätze auf 40 000 Mk.,** den Zuschlag **für jedes unterhaltspflichtige Mitglied auf 18 000 Mk.** verlangte. Den Erwerbslosen sollte **sofort eine Wirtschaftsbeihilfe von 100 000 Mk., der Frau 80 000 Mk. und jedem unterhaltspflichtigen Familienmitglied 20 000 Mk.** ausgezahlt werden. (Dollarstand: 60 000 Mk.)

Die Bürgerlichen widersprachen.

Der Antrag wurde ohne Behandlung dem Ausschuß überwiesen.

Der Ausschuß beschloß gegen die Stimmen der KPD, ohne daß die Regierung etwas für die Erwerbslosen getan hatte, den Antrag der kommunistischen Fraktion für erledigt zu erklären.

In der Landtagssitzung vom 12. Juni 1923 lehnten alle gegen die Stimmen der KPD den Dringlichkeitsantrag ab. (Dollarstand: 84 250 Mk.)

Die SPD-Regierung und -Partei Sachsens deckten gemeinsam mit dem Bürgertum die Politik Cunos gegen die Arbeiter.

Unter dem Zeigner-Kabinett nahm die Regierung durch Genossen Böttcher als Finanzminister **das einzige Mal Gelegenheit,** von sich aus etwas für die Erwerbslosen zu tun. Genosse Böttcher nahm im Oktober 1923 das gesamte verfügbare Geld des Finanzministeriums, 800 Billionen, und ließ dafür Kartoffeln an die Erwerbslosen verteilen. Aus den Moritzburger Teichen erhielt ein Teil der Erwerbslosen 40 bis 50 Zentner Karpfen, durch die IAH. wurde mit Getreide, das von Sowjetrußland kostenlos geliefert wurde, Brot hergestellt und verteilt.

Böttcher sollte später in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß haftbar gemacht werden und für die Kartoffeln und Karpfen etwa 34 000 Dollar bezahlen.

In den 10 Tagen kommunistischer Ministertätigkeit wurde ernstlich der Versuch gemacht, für die Erwerbslosen Lebensmittel zu schaffen. Die kommunistischen Minister wurden auf Befehl Eberts durch den General Müller zum Teufel gejagt, unter dessen Leitung das Volksnotopfer eingerichtet wurde, mit dem den Armen geholfen werden sollte. Beim Volksnotopferskandal zeigte es sich, welche Betrüger diese Gesellschaft waren und wem geholfen wurde.

Die Luther-Regierung ging mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes, dem auch die SPD im Reichstag zugestimmt hatte, dazu

über, die Unterstützung abzubauen und Pflichtarbeit einzuführen.

Im Dezember 1923 verlangte die **kommunistische Fraktion die Beseitigung der Pflichtarbeit, wandte sich gegen den 10prozentigen Abbau der Unterstützung und beantragte eine Sonderunterstützung von 60 Goldmark für Verheiratete, 50 Goldmark für Ledige und 20 Goldmark für jedes Kind.**

Am 17. Januar 1924 wurden alle diese Anträge gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Für die SPD begründete bereits im Dezember 1923 der „linke" Gruppe die Ablehnung. Sie hielten die Pflichtarbeit für sehr gut für die Erwerbslosen.

In einer **Verfügung vom 18. Januar 1924** verbot die Luther-Regierung die Zahlung von Prämien und Zuschlägen an „Notstandsarbeiter".

Die kommunistische Fraktion verlangte am 1. Februar, daß **die sächsische Regierung die Aufhebung von der Reichsregierung fordern und die Durchführung in Sachsen unterbinden solle.**

Auch dieser Antrag wurde gegen die KPD abgelehnt.

Am 1. April 1924 waren in Sachsen 109 677 unterstützte Erwerbslose vorhanden. Diese Zahl sank bis zum 1. Juni auf 25 800 und stieg von da an wieder bis auf 65 000 im September.

Erneut stellte die Fraktion einen Antrag (Nr. 983), die **Unterstützung um 100 Prozent zu erhöhen, Männer und Frauen gleichzustellen, während der ganzen Dauer vom ersten Tage an Unterstützung zu zahlen, bei Aushilfsarbeiten den Erwerbslosen keine Lohnsteuer abzuziehen und die Pflichtarbeit zu beseitigen. Außerdem sollten als Winterhilfe 5 Zentner Kohlen und pro Kopf 1 Zentner Kartoffeln geliefert werden.**

Diese Anträge wurden im Januar 1925 — wie alle anderen — wieder gegen die KPD abgelehnt. Das einzige, was die SPD für die Erwerbslosen tat, waren eine Reihe von Wünschen an die Regierung, die diese zu nichts verpflichteten.

Trotz aller frommen Wünsche des Bürgertums und der SPD zerfiel die Wirtschaft immer mehr. Die Zahl der Erwerbslosen, die in Deutschland bis zum 15. Oktober 1925 auf 299 000 zurückgegangen war, stieg bis 15. November auf 471 000 Unterstützte.

Wieder zwang die Fraktion die Parteien, Stellung zur Erwerbslosenfrage zu nehmen.

In einem neuen Antrag (Nr. 1571) forderte sie im November **als Unterstützung 50 Prozent des Tariflohnes, Gleichstellung der Männer und Frauen, Unterstützung während der ganzen Dauer, keine Pflichtarbeit, Einführung der Kurzarbeiterunterstützung und Notstandsarbeiten in großem Umfange zu tariflichen Löhnen.** Außerdem sollte die **sächsische Regierung jedem Erwerbslosen, der bis zu 12 Wochen arbeitslos war, 50 Mk. und über 12 Wochen 75 Mk. sowie für jedes Kind 10 Mk. einmalige Beihilfe zahlen. An Lebensmitteln sollten pro Kopf 1 Zentner Kartoffeln, 2 Kilo Fleisch und für jeden Haushalt 5 Zentner Kohle umsonst zur Verfügung gestellt werden.**

Am 17. Dezember wurden auch diese Anträge, obwohl die Zahl der Erwerbslosen 2 Millionen überschritt, gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Bereits im Januar 1926 zwang die Fraktion die Parteien, wieder Stellung zu nehmen.

Sie verlangte im Antrag (Nr. 1643) **Beschaffung von Arbeit für alle Erwerbslosen, Wiederaufnahme stillgelegter Betriebe unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften, gesetzliche Festlegung des Achtstundentages als Höchstarbeitszeit, Erhöhung der Unterstützung um 50 Prozent und alles, was von den übrigen Anträgen bereits gefordert wurde.**

Die SPD hatte inzwischen auf ihrem Landesparteitag einen Antrag, den Erwerbslosen 10 Millionen Mark und für die Notstandsarbeiten ebenfalls 10 Millionen Mark zu bewilligen, angenommen. Bisher hatte die SPD — Rechte wie Linke — alle Anträge der kommunistischen Fraktion als undurchführbar und ungesetzlich abgelehnt. Jetzt ging es auf einmal anders.

Mit diesen Anträgen sollte den Arbeitern die Koalitionspolitik aus dem Gedächtnis gestrichen und die Arbeiter erneut an die SPD gefesselt werden.

Für die Forderung der kommunistischen Fraktion, allen verheirateten Erwerbslosen als einmalige Beihilfe 100 Mark, den Ledigen 50 Mark und für jedes Kind 10 Mark sowie die Miete zu bezahlen, Brennmaterial, Kartoffeln und Milch an die Kinder zu liefern, wäre eine Mehrheit im Landtag vorhanden gewesen, wenn es der SPD ehrlich darum zu tun war, den Erwerbslosen zu helfen.

Schon bei der Begründung ihrer eigenen Anträge fiel die SPD wieder auseinander und verhinderte so auch die Annahme der kommunistischen Anträge. Am 25. März 1926 stimmte nur die linke SPD mit der kommunistischen Fraktion für die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge.

Damit erhielten die Erwerbslosen wieder nur das, was die Reichsregierung im Auftrage der Schwerindustrie zugestand.

Im Mai 1926 verlangte die kommunistische Fraktion erneut **eine 50prozentige Erhöhung und den schärfsten Kampf gegen das Lohnklassensystem.** Das Lohnklassensystem bedeute für 95 Prozent der Erwerbslosen Herabsetzung der Unterstützung. Da der Höchstsatz nicht mehr als 80 Prozent des Lohnes betragen darf, die Unternehmer aber dauernd die Löhne herabsetzen wollen, bedeutet dieses System mit dem Sinken der Löhne zugleich eine dauernde Senkung der Unterstützungssätze.

Bei diesem Antrag war die Einheitsfront von der linken SPD bis zu den Deutschnationalen wieder hergestellt. Gemeinsam lehnten sie eine 50prozentige Erhöhung ab und traten für das Lohnklassensystem, den Abbau der Fürsorge ein.

Die kommunistische Fraktion hat in den 4 Jahren sächsischen Landtages die Interessen der Erwerbslosen verfochten. Nur sie hat immer und immer wieder SPD und bürgerliche Parteien gezwungen, sich mit dem Elend der Erwerbslosen zu beschäftigen. Eine Hilfe wurde in allen Fällen abgelehnt. Zur Unterstützung der Erwerbslosenanträge waren oft Delegationen aus allen Teilen Sachsens im Landtag, haben mit allen Parteien verhandelt und zu verhandeln versucht; überall wurden sie abgewiesen; einige Male mit der Polizei aus dem Landtag entfernt. Volle Unterstützung fanden die Erwerbslosen nur bei der KPD.

Diese 4 Jahre Landtag mit seiner Arbeit zeigen dieses Parlament immer in Kampfstellung gegen die Erwerbslosen. Immer erklärten sich die Parteien mit Ausnahme der Kommunisten mit den Maßnahmen der Regierung, die jederzeit die Befehle der Reichsregierung gegen die Erwerbslosen durchführte, einverstanden. **Das Programm der Reichsregierung, ob sie Cuno, Luther, Marx oder sonstwie hieß, war: Abbau der Unterstützung, Einführung der Pflicht- und Zwangsarbeit, Degradierung der Arbeitslosen zu Lohndrückern, um auf diese Weise die kapitalistische Wirtschaft zu retten und den Ausbeutern den Profit zu sichern.**

Wehrten sich die Erwerbslosen dagegen, gingen sie auf die Straße, dann setzte die sächsische Regierung Polizei mit dem Gummiknüppel gegen die Erwerbslosen ein. Zahllose Tote, von der Sipo und Reichswehr in den Straßen Sachsens erschossen, mit Arbeitern überfüllte Gefängnisse und Zuchthäuser zeugen von der rücksichtslosen Brutalität der sächsischen Regierung gegen die Erwerbslosen und die Arbeiter. Der Landtag von der SPD bis zu den Deutschnationalen stellte sich schützend vor diese Regierung, wenn die kommunistische Fraktion im Landtag Rechenschaft verlangte. Hohn für die Opfer dieser Politik und eine neue Kommunistenhetze war die Antwort der ganzen Gesellschaft.

Was haben die Arbeiter, was haben die Erwerbslosen daraus zu lernen?

4 Jahre Not und Elend; als Zukunftshoffnung den Friedhof für sich und die ihren und keine Hilfe vom bürgerlichen Parlament und seinen Parteien!

Wer hilft den Erwerbslosen?

Die eigene Kraft des Proletariats, die geschlossene Einheitsfront aller Arbeiter und Besitzlosen. Was beim Tode Legiens die bürgerliche Presse erklärte: **„Gegen den Willen der geschlossenen Gewerkschaften kann sich keine Regierung auch nur einen Tag behaupten!" ist heute noch wahrer als damals. Die Arbeiter in den Betrieben und den Gewerkschaften müssen gemeinsam mit den Erwerbslosen für Sachsen am 12. August die Einheitsfront des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes für Sachsen herstellen. Sie müssen gemeinsam mit den Werktätigen ganz Deutschlands für den außerparlamentarischen Kampf rüsten!**

Die schwarz-weiß-rote Wahlfront in Sachsen

Bekanntlich hatten die faschistischen Organisationen, wie Stahlhelm, Jungdo, Werwolf usw., vor kurzem einen Aufruf veröffentlicht, in dem die bürgerlichen Parteien aufgerufen wurden, zur Sammlung aller nationalen Kräfte bei den kommenden Landtagswahlen eine Einheitsfront zu schließen, um damit den Einfluß der Arbeiter zurückzudrängen. Im Falle des Zustandekommens dieses schwarz-weiß-roten Wahlblocks sicherten die Hakenkreuzlerverbände ihre Unterstützung im Wahlkampf zu. Die Deutschnationale Volkspartei erklärte sich sofort bereit, den Bedingungen und dem Vorschlag der faschistischen Verbände nachzukommen. Heute veröffentlicht die Tribunon eine Erklärung der Volkspartei, die zu diesem Aufruf Stellung nimmt. Darin wird erklärt, daß die Volkspartei bereit ist, auf der Grundlage des ersten Aufrufes der faschistischen Verbände an der nationalen Sammlung mitzuarbeiten. Es muß damit gerechnet werden, daß bei den kommenden Wahlen zur Abwehr des Einflusses der Arbeiter der schwarz-weiß-rote Wahlblock aller bürgerlichen Parteien mit der Unterstützung der völkischen Verbände zustandekommt.

Für den Kongreß der Werktätigen

Die am 31. Juli stattgefundene Versammlung der Ortsgruppe Ried a. Rhein des Fabrikarbeiterverbandes nahm u. a. Stellung auch zur Frage der Teilnahme an dem bevorstehenden Kongreß der Werktätigen. Es wurde beantragt, einen Kollegen aus den Farbwerken zu dem im Herbst tagenden Kongreß zu delegieren und die Zahlstelle Höchst des FAV mit der Einleitung der notwendigen Schritte zu beauftragen, was eine lebhafte Debatte hervorrief. Die Reformisten versuchten mit allen Mitteln, den Antrag zu Fall zu bringen, indem sie wieder mit dem Statut und Ausschluß drohten; aber alle ihre schönen Reden nutzten nichts. Die Arbeiterschaft sieht die Notwendigkeit ein, so daß der Antrag angenommen wurde. Nunmehr hat die Zahlstelle Höchst des FAV das Wort, und es ist zu wünschen, daß auch die übrigen Ortsgruppen der Zahlstelle Höchst dem Beispiel von Ried folgen und dem Antrag überall zur Annahme verhelfen.

Hetze gegen die KPD

Berlin, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen bürgerlicher Blätter ist am Sonntag früh in Heringsdorf ein Berliner Arzt von Betrunkenen erschossen worden. Der „Berliner Lokalanzeiger" schwindelt sofort in seiner Montagsausgabe, daß die Täter Kommunisten seien.

Kühn verbietet die Rot-Front-Zeitung

Das Presseamt des Dresdner Polizeipräsidiums teilt folgendes mit: Das Polizeipräsidium hat die Beschlagnahme einer noch innerhalb der Verbotsdauer der „Arbeiterstimme" mit der Bezeichnung „Rot Front" zur Verbreitung gelangten Druckschrift verfügt.

In der Mitteilung des Presseamtes des Dresdner Polizeipräsidiums heißt es, daß die von der Gauleitung des Roten Frontkämpferbundes Ostsachsen herausgegebene Zeitung „Rot Front" angeblich ihrem Inhalt nach als Ersatzblatt der für die Zeit vom 21. Juli bis zum 6. August verboten gewesenen „Arbeiterstimme" anzusehen sei. Wahrscheinlich wird sich Herr Kühn nicht nur mit dem Verbot der „Rot-Front"-Zeitung begnügen, sondern außerdem noch eine Justizaktion wegen Preßvergehens gegen den Herausgeber einleiten. Herr Kühn hat mit seinen Unterdrückungsmethoden die Maßnahmen des alten monarchistischen Regimes längst übertroffen.

Die Münchner „Neue Zeitung" beschlagnahmt

München, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München 1 ist heute die Beschlagnahme der „Neuen Zeitung" vom 7. August verfügt worden, da die darin enthaltenen Artikel über den Gürtner-Skandal angeblich den Tatbestand der Beleidigung erfüllen. Ein Aufgebot von Kriminalbeamten durchsuchte Verlag und Redaktion, fand aber nur wenige Exemplare der Zeitung.

Er hat kein Geld

Die „Breslauer Volkswacht" veröffentlicht ein Schreiben aus dem Hause Doorn, das eine Breslauer Dame erhalten hat, die sich in ihrer finanziellen Not an Wilhelm II. in Doorn wegen einer Unterstützung gewandt hatte. Das Schreiben lautet: „Auf Ihr an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtetes Gesuch vom 2. Juni muß Ihnen leider erwidert werden, daß es nicht möglich ist, Ihnen das erbetene Darlehn zu gewähren. Seit über sieben Jahren ist das Privatvermögen Sr. Majestät beschlagnahmt. Alle Nachrichten, daß aus den Einkünften daraus Seiner Majestät dem Kaiser irgendwelche Mittel zufließen, sind absolut [illegible], tendenziös, erlogen. Wie ungewiß für die Zukunft die geldlichen Verhältnisse des preußischen Königshauses und damit auch des Kaisers zu beurteilen sind, werden Sie selbst ermessen können. Auch der Ausgang des Volksentscheids hat an der bestehenden Lage bisher nichts ändern können. Ergebenst Graf Finkenstein."

Es ist wirklich hohe Zeit, daß die Republik sich besinnt und dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist.

Die zweite deutsche Arbeiter-Delegation in Moskau

Moskau. Am 4. August ist die zweite deutsche Arbeiterdelegation mit dem Leningrader Schnellzug in Moskau eingetroffen. Von früh morgens an sammelten sich die Vertreter der verschiedensten Arbeiterorganisationen und aller größeren Betriebe Moskaus am Bahnhof zum Empfang der Delegation. Die gespannte Ungeduld, in der die versammelten Arbeiter die Delegation erwarteten, steigerte sich zu einer unbeschreiblichen Begeisterung, als der Zug einfuhr. Die Moskauer Arbeiter liefen den Delegierten entgegen und umarmten sie. Unter den Tönen der „Internationale" begaben sich die Gäste auf den Platz vor dem Bahnhof, wo sofort eine Versammlung abgehalten wurde. Für den Moskauer Gewerkschaftsrat begrüßte Genosse Reschetkow die Delegierten. Genosse Jaglom erinnerte an den Besuch der ersten deutschen Delegation und wünschte, daß auch die zweite Delegation der deutschen Arbeiter zur Folge haben möchte das Erstarken des Bündnisses der Arbeiterklasse Deutschlands mit der Sowjetunion zum Schrecken der Bourgeoisie. Stürmisch begrüßt antwortete der sozialdemokratische Vorsitzende der Delegation Koerber auf die Begrüßung: „Wir sind euren Gewerkschaften dankbar, daß sie uns ermöglicht haben, eure Errungenschaften kennenzulernen. Das, was die bürgerlichen Zeitungen in Deutschland über die Sowjetunion sagen, ist Lüge. Wir begreifen, weshalb die deutsche Bourgeoisie die Arbeiter betrügt. Ohne diesen Betrug würden die deutschen Arbeiter nicht lange warten, um euren Weg zu beschreiten. Wir werden die Lüge, die über euer Land verbreitet wird, zerstreuen, und wir werden aus voller Kraft zur Herstellung einer Einheitsfront des deutschen und des sowjetrussischen Proletariats beitragen. Es lebe die Einheit der Arbeiter aller Länder! Es lebe die Weltrevolution!" Nach den Begrüßungsreden des Genossen Uhlmann und der Genossin Rausch begaben sich die Delegierten in ihre Quartiere. Ihre Untersuchungen beginnen die Delegierten mit der Besichtigung der Moskauer Fabriken und der Wasserwerke.

Rußlanddelegation der proletarischen Freidenker

Einer Einladung der russischen Freidenkerorganisation „Bund der Gottlosen" folgend, hat die Geschäftskommission der GpF. beschlossen, zwölf führende Mitglieder aus allen Teilen des Reiches nach Sowjetrußland zu entsenden. Für Dresden ist Oberlehrer Heinicke (SPD) bestimmt worden. Zur Finanzierung gibt die Freidenkerorganisation eine Rußlanddelegationsmarke zum Preise von 20 Pfg. heraus. Die Delegation wird Deutschland am 15. August verlassen. Unter Finanzierung ist natürlich nur die Reisekosten innerhalb Deutschlands und die Unterstützung der Familien der Delegierten zu verstehen.

Ausschlußdrohung des „Vorwärts" gegen die Rußlanddelegierten

Berlin, 9. August. Der „Vorwärts" fängt bereits jetzt mit einer Ausschlußkampagne gegen den Sozialdemokraten und Vorsitzenden des Ortsausschusses Berlin des ADGB, Fritz Kaeker, an, der Mitglied der Arbeiterdelegation ist und in Rußland erklärte, daß er bedauere, daß die deutschen Sozialisten diejenigen [illegible], die dabei sind, den Marxismus in die Tat umzusetzen. Der „Vorwärts" schreibt: „Wenn er trotzdem gesagt haben sollte, was ihm der Berichterstatter der „Roten Fahne" in den Mund legt, so würde er sich damit bewußt in den Dienst der bolschewistischen Lügenpropaganda gestellt haben, die darauf ausgeht, die internationale Arbeiterbewegung zu spalten und die russische Arbeiterschaft in dem Wahn zu erhalten, es ginge ihr besser als der Arbeiterschaft der westeuropäischen Länder."

Diese Aeußerung des „Vorwärts" hat keinen anderen Sinn, als schon jetzt mit der planmäßigen Hetze gegen die Mitglieder der zweiten deutschen Arbeiterdelegation zu beginnen und den Ausschluß der SPD-Mitglieder dieser Delegation vorzubereiten.

Wuchtige Antikriegskundgebungen in Thüringen

Gera, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Antikriegskundgebung in Gera, einberufen von KPD, RFB und JB, war von 7000 Personen besucht. An dem Demonstrationszuge beteiligten sich 5000 Arbeiter. Reichsbannerkameraden gaben ihrer Solidarität durch eine Ansprache Ausdruck.

Der Hintermann Köllings

Berlin, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „Montag Morgen" bringt Enthüllungen über den Hintermann Köllings. Nach dem Bericht des Magdeburger Korrespondenten des „M. M." war Kölling nur das ausführende Organ eines Landgerichtsrates Hofmann. Hofmann hat nach dem „M. M." den vor einiger Zeit veröffentlichten Brief Köllings an den Magdeburger Polizeipräsidenten fingiert, Kölling gab nur die Unterschrift. Hofmann ist bis zum 1. August Vorsitzender der Beschwerdekammer gewesen, die über die Haftbeschwerde Rudolf Haas' zu entscheiden hatte. Nach den Mitteilungen des „M. M." war Hofmann die einzige Person, die bei der Vernehmung des Schröder durch Kölling zugegen war, wobei Schröder sein Geständnis zurückzog und Haas beschuldigte.

Die völkischen Fememörder drohen mit neuen Verbrechen

Berlin, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Berliner Genosse und bekannte Funktionär **Deutsch** erhielt folgendes Schreiben:

„An Felix Deutsch. Du bist der Feme verfallen. Bei einer der nächsten Veranstaltungen deiner Organisation packt sie dich. R. K. K."

Auf dem Schreiben befand sich ein Zeichen, das einen Totenkopf mit gekreuzten Knochen und 2 Hakenkreuzen darstellt. Der Genosse wird, wie festgestellt wurde, schon längere Zeit von Faschisten verfolgt.

100 Tage Bergarbeiterstreik

London, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Heute ist der 100. Tag des englischen Bergarbeiterstreiks. Die englischen Bergarbeiter halten aber immer noch ebenso standhaft fest, wie am ersten Tage des Kampfes. Trotz des Bruches einzelner Führer, die den Streik mit einem Kompromiß beenden möchten, wird der „Vermittlungsvorschlag" der Bischöfe von großen Massen der Streikenden abgelehnt. So haben die Bezirke Lancashire, Cheshire und Cumberland gegen den Vermittlungsvorschlag Stellung genommen. Die Unternehmer hoffen, die Bergarbeiter durch verschärften Terror kirre zu machen, möchten aber den Streik selbst bald beenden. Die englische Kapitalistenklasse hat durch den Bergarbeiterstreik bisher einen Verlust von 15 Millionen Pfund Sterling.

London, 8. August. (Telunion.) Gestern hat die 14. Woche des Streiks im Kohlenbergbau begonnen. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter tritt am Dienstag in London zusammen. Baldwin, der seinen Besuch nach dem Kontinent verschoben hat, wird im Laufe der Woche nach der Downingstreet zurückkehren, um mit den anderen Kabinettsmitgliedern zu beraten. Der Arbeits- und der Bergbauminister befinden sich ebenfalls in London. Ein führender Grubenbesitzer erklärte auf die Frage über die mögliche Wirkung einer Annahme der Vorschläge der Bischöfe durch die Bergarbeiter, diese Abstimmung habe für die Bergwerksbesitzer nicht mehr als akademischen Wert. Die Bergwerksbesitzer wollten nur auf der Basis längerer Arbeitszeit verhandeln.

*

Die Labour Party signalisiert Kriegsgefahr

London, 7. August. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat dem Vollzugsausschuß der Sozialistischen Internationale eine Denkschrift über ihre Politik in der Abrüstungsfrage zur Erwägung unterbreitet. Es heißt darin u. a., die geplante, vom Völkerbund einberufene internationale Abrüstungskonferenz bezwecke nicht die Herbeiführung einer allgemeinen Abrüstung, sondern nur „Verminderung und Beschränkung der Rüstungen". Nach Ansicht der Unabhängigen Arbeiterpartei könne sie daher von wenig Nutzen für die Beseitigung der Kriegsgefahr sein. Die vorbereitende Kommission für die Abrüstungskonferenz erkenne anscheinend die Zwecklosigkeit ihrer Tätigkeit als Mittel zur Verhinderung des Krieges an. Die Politik der daran teilnehmenden Regierungen beweise, daß sie nicht aufrichtig seien. Die britische Regierung fahre zum Beispiel fort, Singapore auszubauen, halte ihre militärische Besetzung Indiens und Aegyptens aufrecht, habe die Besetzung des Irak ausgedehnt, halte weiter die Vertragshäfen von China besetzt, beharre auf ihrer Kontrolle Gibraltars und des Suezkanals und lehne es ab, die Anwendung einer Seeblockade aufzugeben oder ihre Haltung gegenüber der „Freiheit der Meere" abzuändern. Diese Handlungen, die auf Grund der Aufrechterhaltung der militärischen und der Flottenmacht begangen würden, zeigten, daß die britische Regierung nicht den aufrichtigen Wunsch habe, die Abrüstung herbeizuführen. Solange die Regierung eine derartige imperialistische Politik fortsetze, bestehe keine Aussicht auf Abrüstung oder Sicherheit für den Frieden. Es sei die Gefahr vorhanden, daß jede Vereinbarung zwischen derartigen Regierungen über Herabsetzung oder Beschränkung der Rüstungen nur dazu dienen könnte, ein falsches Sicherheitsgefühl unter den Arbeitern zu erzeugen, indem es ihre Aufmerksamkeit von der falschen und gefährlichen Politik, die verfolgt wird, ablenke. Es sei die Pflicht der sozialistischen Bewegung, dies durch eine beharrliche Bloßstellung der imperialistischen Politik, die kriegsfördernd ist, zu verhindern.

Ein vernichtenderes Urteil über die Völkerbundspolitik der Sozialdemokratie ist kaum möglich. Was hier die englische Sozialdemokratie feststellt, haben wir Kommunisten der Arbeiterschaft stets gesagt. Die SPD will aber eben dieses falsche Sicherheitsgefühl unter der Arbeiterschaft erzeugen, sie will von der drohenden Kriegsgefahr ablenken. Daher die beharrliche Fortführung der Völkerbundspolitik, die aktive und passive Unterstützung der Hetze gegen die Sowjetunion.

Arbeiterstimme
Nr. 171
2. Jahrgang. — Organ der KPD

Ultralinker Menschewismus

„Die rechte Gefahr in unserer Partei"

(Fortsetzung des Artikels aus der „Prawda".)

3. Evolution der „Arbeiteropposition" Hineinwachsen in den Menschewismus

Mit den angeführten Zitaten erschöpften wir im großen und ganzen den Inhalt des Medwedjewschen Schreibens an die Mitglieder der „Bakuer Opposition". Nun muß es den Lesern klar werden, warum unsere Partei nicht stillschweigend an diesem Dokument vorübergehen kann. Das Medwedjewsche Dokument hat einen tiefen politischen Sinn, und zwar nicht so sehr deshalb, weil es in außerordentlich prägnannter Form die eigentümlichen Wege der politischen Irrungen der Gruppe „Arbeiteropposition" aufgedeckt hat. Das Gewicht dieser ganzen Gruppe Schljapnikow-Medwedjew ist in unserer Partei verschwindend klein, auch erinnert sich unsere Partei wohl noch des Kampfes, den Genosse Lenin gegen diese Gruppe geführt hat. Die Bedeutung des Medwedjewschen Briefes ist in der Hinsicht außerordentlich lehrreich, daß er mit unerhörter Kraft und Anschaulichkeit die Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der antibolschewistischen Abweichungen an sich aufdeckt.

Medwedjews Brief ist ein Musterbeispiel der Abweichung von der bolschewistischen Linie in vollkommener Gestalt. Hier hat die „Gärung der Geister" der Arbeiteropposition den Grenzpunkt erreicht, wo diese „Ideen" einen fast chemisch reinen Menschewismus ausgesondert haben. Medwedjews Brief offenbart, welche Losungen unvermeidlich sich zum Menschewismus entwickeln können und müssen. Dadurch signalisiert der Brief der ganzen Partei die Gefahr, daß dieser oder jener Zickzackkurs „nach links" in der Richtung eines Blockes mit der Gruppe Medwedjew-Schljapnikow ausarten kann. So ist Medwedjews Brief eine ausdrucksvolle Warnung vor der rechten Gefahr in den Reihen unserer Partei.

Das Programm Schljapnikow-Medwedjew ist das Programm der entfalteten Liquidation des Bolschewismus mit Hilfe des Menschewismus. Worauf der Medwedjewsche Brief hinzielt, ist der allgemeine Ersatz des Bolschewismus durch den Menschewismus. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur etwas aufmerksamer den Inhalt dieses Dokumentes zu studieren.

Die Verwirklichung der Plattform Schljapnikow-Medwedjew setzt voraus:

1. Liquidierung des sozialistischen Aufbaues in unserem Lande. Unsere Partei vertritt die Meinung, daß sie unter aktiver Beteiligung der Arbeiterklasse den Sozialismus in unserem Lande aufbauen kann. Unsere Partei meint, daß der Sozialismus in unserem Lande siegen kann. Der entscheidende Haupthebel des sozialistischen Aufbaues ist für die Partei die Entwicklung einer technisch hochstehenden Großindustrie im Lande.

Aber nicht jede Entfaltung der Großindustrie kann bei uns als Erfolg des sozialistischen Aufbaues gewertet werden. Erst dann wird die Entwicklung der Industrie bei uns den siegreichen Vormarsch des Sozialismus bedeuten, wenn die Entwicklung die Entwicklung der Industrie einer ganz bestimmten sozialen Art sein wird, wenn nämlich die sozialistische Industrie wachsen wird, wenn die „Betriebe des konsequent sozialistischen Typus" wachsen und gedeihen werden, wenn das steigende Uebergewicht der sozialistischen Elemente in unsererer Volkswirtschaft gesichert sein wird. Erreichen wir aber dieses wachsende Uebergewicht der sozialistischen Betriebe nicht, ist die Sache des Sozialismus in unserem Lande hoffnungslos verspielt.

Aber das, worauf sich Genosse Medwedjew orientiert, ist nicht die Entwicklung der sozialistischen Großindustrie, sondern die Entwicklung der großen industriellen Konzessionen, ist der Aufstieg der Wirtschaft auf staatskapitalistischer Grundlage. Das Uebergewicht wird in der Medwedjewschen „Großindustrie" nicht den sozialistischen Betrieben, sondern den Konzessionsbetrieben gesichert. Die nötigsten Kapitalien, die zur Belebung der „erloschenen Industrie", zur Wiederherstellung der „zerstörten" Industriegebiete notwendig sind, will Medwedjew aus den Taschen der internationalen Bourgeoisie herausziehen. Aber Mister Urquhart wird ja nicht wegen unserer schönen Augen auf seinem Schimmel geritten kommen, um unsere „erloschene Industrie" zu retten. Für die Riesensummen, die die Herren Urquharts in unsere Industrie investieren würden, werden sie den riesigen Löwenanteil des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwertes verlangen. Aber das würde unvermeidlich den entscheidenden Einfluß der Konzessionäre und der ausländischen Bankiers in unserem Lande bedeuten; das würde bedeuten, daß das Kommando über unsere Wirtschaft auf das Weltkapital überginge. „Unsere" Industrie würde ein Organ, eine Filiale des internationalen Finanzkapitals und das viele Millionen starke Proletariat würde zum Gegenstand der Ausbeutung durch die ausländischen Kapitalisten werden. Wir würden natürlich für die Konzessionsverträge sein. Nicht darin besteht der Irrtum (der an ein Verbrechen gegen die Partei und die Arbeiterklasse grenzt) der Genossen Schljapnikow und Medwedjew, daß sie für Konzessionen sind. Ihr Irrtum besteht darin, daß sie für unbegrenzte Konzessionen, für die völlige Auslieferung unsererer Industrie an das Weltkapital sind. Der „Wirtschaftskurs" der Schljapnikow und Medwedjew geht daher auf eine wirkliche Dawesierung unseres Landes hinaus, auf eine Dawesierung, die das Vorspiel zur Rückkehr zum Kapitalismus und zum Zusammenbruch der Diktatur des Proletariats sein würde.

Die Fehlgeburt des sozialistischen Aufbaues, die dem Proletariat der Sowjetunion beschieden würde, möchten die Schljapnikow und Medwedjew für ein Linsengericht von Konzessionen verkaufen. Ihr Verhältnis zu den Problemen des sozialistischen Aufbaues ist menschewistisch-wurstig. Für sie ist die Hauptsache die Entfaltung der Produktivkräfte. Die proletarische Leitung in der Entfaltung der Produktivkräfte gilt ihnen nichts. Mögen unsere Arbeiter vor der ausländischen Plutokratie zu Kreuze kriegen, wenn nur die in den Urquharts angepflanzte Großindustrie sich entwickelt, wenn die Arbeiter nur eine „Verwendung ihrer Arbeitskräfte" finden, wenn sie sich nur durchschlagen. Der Menschewismus der Schljapnikow-Medwedjew findet hier eine Ergänzung in der Psychologie des „Zunft-Oekonomismus", dessen Vorurteile sie in unserer Arbeiterklasse, die aktiv den Sozialismus aufbaut, wieder wachzurufen hofft.

Die Periode, die seit der Abfassung des Medwedjewschen Dokumentes verstrichen ist, war eine Periode der Ueberprüfung der politischen „Ideen" der Schljapnikow und Medwedjew, und sie kennzeichnete ihren völligen Bankrott. Die „erloschene Industrie" machte einen gewaltigen Schritt vorwärts. Das Gleichgewicht der zerstörten Industriegebiete wurde wieder hergestellt. Das Proletariat hat keineswegs kapituliert, wie es ihm die Liquidatoren neuester Formation empfahlen. Die Politik der Partei hat die Arbeiterklasse der Sowjetunion nicht nur nicht zu dem Medwedjewschen „Untergang" geführt, sondern hat ihre Macht und ihr Gewicht im Lande bedeutend gefestigt. Durch gewaltige Anstrengungen, schrittweise, durch Fehler und Berichtigung dieser Fehler hindurch, einen „Sechser" nach dem anderen zusammenkratzend, hat die Arbeiterklasse die Industrie der Sowjetunion auf das Vorkriegsniveau erhoben. Jetzt führt die Arbeiterklasse das Land auf dem Wege der Industrialisierung vorwärts, und als bankrott werden diejenigen sich erweisen, die an den Möglichkeiten des sozialistischen Aufbaues zweifeln sollten, die versuchen sollten, die Partei in die Fußstapfen Medwedjews zu führen und von neuem über den „Untergang" unseres Landes zu unken anfangen wollten. Der „Unglaube an die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues", von dem in den Resolutionen des 14. Parteitages die Rede war, fand in Medwedjews Dokument seinen prägnantesten Ausdruck. Deshalb hat auch diese „Ideologie" ein so klägliches und schmähliches Fiasko erlitten.

2. Die Liquidierung des Arbeiter- und Bauernbündnisses bildet einen der Hauptpunkte der politischen Plattform der Schljapnikow-Medwedjew. Das Mißverstehen, oder richtiger das offene Ablehnen der Grundlagen der Leninschen Lehre vom Block des Proletariats mit dem Bauerntum ist bei Schljapnikow-Medwedjew unmittelbar verknüpft mit ihrer liquidatorischen Stellungnahme zum Aufbau des Sozialismus und ihren Hoffnungen auf die Rettung des Landes mit Hilfe des Konzessionskapitals. Es verlohnt sich, über diesen Umstand von neuem nachzudenken, besonders für die, die mit dem Leninismus in der Bauernfrage zu frei umspringen, die dazu neigen, Korrekturen an den grundlegenden Sätzen Lenins anzubringen, für die die Reden von der Festigkeit der Smytschka „langweilig" und „überholt" sind, die glauben, daß die Differenzierung die Frage des Mittelbauern in den Hintergrund gerückt habe usw.

In der Tat, von der Ablehnung der Leninschen Auffassung über das Bauerntum bis zur übermäßigen Vergötterung der Urquharts ist nur ein einziger Schritt. Die Ablehnung der Perspektive eines festen Bundes mit den Mittelbauern muß zu einem Ausschalten der Perspektiven des sozialistischen Aufbaues im Bauernlande führen.

Die Plattform Schljapnikow-Medwedjew beweist es mit mathematischer Einfachheit. In Medwedjews Schreiben wird das ganze Bauerntum von oben herab, als „Bauernvolk" behandelt. Dieses ganze „Bauernvolk" wird betrachtet als ein dem Proletariat feindliches kleinbürgerliches Element und nichts weiter. Einen „Block", ein ökonomisches und politisches Bündnis mit der Grundmasse des Bauerntums kann es unter diesen Umständen natürlich nicht geben.

Ist jedoch das Proletariat, das die Minderheit unserer Bevölkerung ausmacht, von einem feindlichen Kordon des „Bauernvolkes" umgeben; ist außerdem die Bauernwirtschaft dem „Ruin" geweiht; ist jeder Versuch zur Rettung der Bauernwirtschaft vor dem Ruin nach Schljapnikow und Medwedjew eine „reaktionäre Utopie"; ist selbst das Wort „Mittelbauer" im Medwedjewschen Lexikon nicht vorhanden; ist in der Vorstellung Medwedjews die Entwicklung der städtischen Industrie nur „dem Kapitalismus zum Bilde" möglich, das heißt auf Kosten des Ruins der Bauernwirtschaft, — wie kann dann, fragt man sich, das Proletariat, das sich in der feindlichen Umgebung von 20 Millionen Bauernhöfen befindet, die Volkswirtschaft des Landes leiten, den Sozialismus aufbauen? Man kann den Sozialismus nicht auf einer „belagerten Festung" aufbauen. Die „Idee", den Sozialismus in einem Bauernlande aufbauen zu wollen, unter beständiger Kriegführung mit der Bauernschaft, wäre ein hahnebüchener Blödsinn. Ist dem aber so, soll man da nicht lieber alle „sozialistischen" Perspektiven begraben, soll man nicht zu den alten Kamellen von Struve zurückkehren und „in die Lehre zum Kapitalismus" rennen?

Medwedjew hat das auch getan, denn es blieb ihm nichts anderes übrig. Er war gezwungen, das zu tun, sonst wäre er nicht zu Rande gekommen. Seine Plattform „verdammt" die Bauernwirtschaft zur Degeneration. Das ganze „Bauernvolk" muß, außer den Kulaken, nach Medwedjew zugrunde gehen und ein Riesenmeer von Arbeitslosen bilden. Diesen Millionen und aber Millionen Arbeitslosen verspricht Medwedjew eine „rasche Verwendung ihrer Arbeitskräfte". Aber dazu verlangt er eine unbeschränkte Anwendung der „Kräfte" des internationalen Kapitals in unserem Lande. Daher seine Parole: Die Bahn frei dem Konzessionskapital!

Der Verzicht auf die Leninsche Lehre vom Arbeiter- und Bauernbündnis hat sich bitter gerächt. In der Plattform Schljapnikow-Medwedjew trat dieser Verzicht als menschewistische Kapitulation vor der Bourgeoisie zutage.

Es wäre eine politische Naivität, zu glauben, daß Medwedjews Liebäugeln mit dem internationalen Kapital eine einfache Zufälligkeit sei, daß wir es hier mit einem „zufälligen" und undurchdachten Konzessionsanhängsel zu einer Plattform zu tun haben, die sonst „links" ist. Entfernen wir aus dem Wirtschaftsprogramm der Schljapnikow-Medwedjew diesen Zentralpunkt, den Punkt über das Konzessionskapital, so würden wir sowohl das Proletariat wie die Bauernschaft in der Union noch vor viel trostlosere Perspektiven stellen: für die Bauern wäre es eine Perspektive absolut hoffnungslosen Ruins; für das Proletariat die unheilvolle Perspektive einer Bauern-Vendee.

(Schluß folgt.)

Der Schwindel mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm

Von A. Lieberasch

Seit einem Monat füllt die bürgerliche Presse im Auftrag der Reichsregierung fast täglich ihre Spalten mit Nachrichten über ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm. Diese Nachrichten lassen immer offener die Absicht der Reichsregierung erkennen.

Durch das große Geschrei in der Oeffentlichkeit sollen Arbeiter und Erwerbslose irregeführt und betrogen werden. **Die Reichsregierung will keine Arbeit beschaffen, sondern will an Stelle der gegenwärtigen Unterstützungssätze das Lohnkostensystem einführen. Alle Arbeitsämter führen auf Verlangen des Reiches eine Enquete durch, alle Erwerbslosen müssen ihren früheren Lohn angeben.** Diese Vorarbeiten werden durchgeführt, um festzustellen, welche Ersparnisse bei den Erwerbslosenunterstützungen gemacht werden können. **Unter allen Umständen Abbau der Unterstützung, ist das Programm der Regierung.**

Offen hat dies am 15. Juli d. J. der preußische Wirtschaftsminister ausgesprochen. In Frankfurt a. M. sprach Höpker-Aschoff in der Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaften. Dabei führte er nach dem offiziellen WTB-Bericht aus:

> Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte der Minister, daß unbedingt eine Reform der Erwerbslosenfürsorge vorgenommen werden müsse, da der Lohnhöhe Rechnung getragen werden müsse. Die heutigen Sätze der Erwerbslosenfürsorge seien so, daß der Wille zur Arbeit fehlen müsse."

Der Vertreter der preußischen Regierung beschimpft also die Erwerbslosen in unerhörter Weise und verlangt Abschaffung der Erwerbslosenunterstützung. Die Erwerbslosen sollen durch den Hunger dazu getrieben werden, sich um jeden Preis den Unternehmern anzubieten, die Löhne der im Betrieb Tätigen zu drücken und bei Arbeitskämpfen als Streikbrecher zu dienen.

Dieser Abbau soll gedeckt werden durch das Arbeitsprogrammgeschrei. **Die Hoffnung der Erwerbslosen auf Arbeit will man benutzen, ihnen die Unterstützung zu kürzen.** Nicht nur die Höhe, sondern auch die Dauer der Unterstützung soll gekürzt werden. Zur Zeit hat man noch einmal bis 31. Dezember 1926 die Dauer der Erwerbslosenunterstützung verlängert. Bis zu diesem Zeitpunkt soll bis 32 Wochen unterstützt werden. Um dies zu beseitigen, spricht man von einer Sonderunterstützung der Ausgesteuerten, so sollen zuerst „Notstandsarbeiten" erhalten.

Fallen diese Ausgesteuerten in einer so großen Zahl der Fürsorge zur Last, wie sie am Ende des Jahres 1926 zu einigen Hunderttausenden vorhanden sind, muß die Mehrzahl der Gemeinden bankrott machen, die Fürsorge einstellen. Die Folge wäre Hungertod für die Erwerbslosen oder Rebellion. Die Regierung mitsamt der bürgerlichen Gesellschaft will den Erwerbslosen nichts zu essen geben, hat auch nicht die Absicht, ihnen überhaupt zu helfen. Sie will nur die mit der Arbeitsbeschaffung geweckten Hoffnungen ausnutzen, um ihre Pläne um so leichter gegenüber der Arbeiterschaft durchführen zu können. **Sie glauben, daß die Aussicht auf Arbeit die Erwerbslosen vom Kampf um höhere Unterstützung abbringt, den Zusammenschluß der Erwerbslosen mit den Arbeitern in den Betrieben verhindert und an Stelle der gemeinsamen Solidarität den Kampf der Erwerbslosen untereinander um die Notstandsarbeiten setzt. Der ganze Zweck der Uebung ist, die Arbeiter zu spalten, um die Pläne der Schwerindustrie um so leichter durchführen zu können.**

Eine Zusammenstellung der Regierungsnachrichten über ihre Arbeitsbeschaffungspläne läßt auch dem Dümmsten diese Absicht erkennen. Unter dem 23. Juli wird berichtet, der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wolle 300 000 000 Mark Inlandsanleihen für diese Notstandsarbeiten aufnehmen. Was dafür geschaffen werden kann, zeigt schon folgende Berechnung: **Würden 500 000 Erwerbslose mit Notstandsarbeiten beschäftigt und erhielten sie im Durchschnitt pro Woche 30 Mk., so wären die 300 000 000 Mark nach 20 Wochen bereits vollständig verausgabt.** Dabei muß man aber noch einsetzen, daß neben den Arbeitslöhnen ein riesiger Unternehmerprofit einzurechnen ist, daß ein sehr großer Teil dieses Geldes für Materialienbeschaffung an die einzelnen Unternehmer ausgegeben werden muß. Nach dem jetzt üblichen Verhältnis bei Notstandsarbeiten kann im höchsten Falle ein knappes Drittel der gesamten Summe als Arbeitslohn eingesetzt werden. Das übrigen ist Unternehmerprofit und Materialpreis.

Der Reichsbahn soll ein Kredit von 100 000 000 Mark gegeben werden, damit auch hier produktive Notstandsarbeiten geleistet werden können. Nach den neusten Meldungen soll das **Arbeitsprogramm der Reichsbahn mit diesem Gelde sich auf 3 Jahre erstrecken.** Was dabei an Beschäftigungsmöglichkeit für die Erwerbslosen herausspringt, das zeigt die Berechnung bei den 300 Millionen Mark auch in diesem Fall. Dabei muß vor allen Dingen noch eingesetzt werden, daß die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung, den Länderregierungen und der Reichsbahn über die Aufbringung der Gelder und ihre Verteilung noch in der Schwebe sind. Ohne Geld können die besten Pläne nicht durchgeführt werden.

Wie glänzend es allen deutschen Reichsfinanzministern und auch dem Dr. Reinhold aus Sachsen gelungen ist, **die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, zeigt der Stand der Reichsfinanzen über das 1. Quartal (April bis Juni) des Jahres 1926.** An Einnahmen wurden erzielt 1425 Millionen Mark, denen eine Ausgabe von 1601 Millionen Mark gegenüber steht. In 3 Monaten ist ein Zuschuß von 77 Millionen Mark erforderlich.

Da aus den Jahren 1924 und 1925 noch Ueberschüsse vorhanden, aus denen monatlich 30,6 Millionen Mark Zuschuß in den Etat eingesetzt sind, ergibt sich ein etatmäßiger Ueberschuß von 14,8 Millionen Mark für das 1. Quartal. Im außerordentlichen Etat, aus dem die Kriegs- und Reparationslasten zu decken sind, sind 0,6 Millionen Mark Einnahmen und 116,5 Millionen Mark Ausgaben zu verzeichnen. **Es sind also bereits im 1. Quartal 115,9 Millionen Mark aus Anleihen zu decken. Diese Tatsache einer so starken Defizitwirtschaft wird dazu führen, daß aus den von Dr. Reinhold vorgesehenen 300 Millionen Mark für das Arbeitsbeschaffungsprogramm verdammt wenig werden wird.**

So wie das Reichsprogramm in seinen realen Tatsachen sich von vornherein als Schwindelmanöver zeigt, so zeigt auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm für Sachsen kein anderes Bild. Was bisher als Arbeit in Sachsen genannt wurde, das sind zum Teil Dinge, die vom Landtag bereits vor dem Bekanntwerden des Schwindelprogramms beschlossen wurden, so u. a. **die Talsperre am Koberbach b. Crimmitschau und bei Weißenwiese, die bisher als einzige feste Projekte in Frage kommen.** Was sonst genannt wird, sind ebenfalls bereits früher vorgesehene Arbeiten der Aktiengesellschaft Sächsische Werke. So **eine hydroelektrische Speicheranlage Niederwartha, für Freital der Ausbau der Kraftgewinnung an der Wilden Weißeritz,** für Mittelsachsen **eine Talsperre bei Kriebstein und für den Glauchauer Bezirk eine Flutrinne an der Mulde.** Das Uebrige, wie z. B. **der Elster-Saale-Kanal, der Bau von Landarbeiter- und Bergarbeiterwohnungen sowie Arbeitsnachweisgebäude** sind Pläne, die bereits seit Jahren und auch erst wieder kurz vor dem Bekanntwerden des Schwindelprogramms die betreffenden Stellen beschäftigt haben. **Alle diese Projekte wurden mit der Ausrede abgelehnt, daß kein Geld vorhanden sei und man diese Dinge kommenden Generationen überlassen müsse.** Diese Tatsachen zeigen ebenfalls ganz klar, welch realer Hintergrund hinter dem „Arbeitsbeschaffungsprogramm" steckt.

Die Erwerbslosen, die Arbeiter in den Betrieben müssen diese Dinge erkennen, um daraus die notwendigen Maßnahmen zu ihrem Schutze treffen zu können. Der Kongreß der Erwerbslosen am 12. August muß sich damit beschäftigen, die Arbeiter in den Betrieben mit den Erwerbslosen trotz des Widerstandes der reformistischen Führer zum Kampfe gegen dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammen zu bringen. Der Kampf für wirkliche Beschaffung von Arbeit zu tariflichen Löhnen, gegen die Absicht der Reichsregierung, die Erwerbslosen als Lohndrücker-Armee zu benutzen, um höhere, ausreichende Unterstützung muß auf dem Erwerbslosenkongreß beschlossen und organisiert werden!

Dresden

9. August 1925: Große Antizollkundgebungen in Chemnitz. — 1923: Infolge Lebensmittel- und Geldnot passive Resistenz und Streiks in ganz Deutschland. — 1920: Rote Armee marschiert gegen Warschau. — Inkrafttreten des Friedensvertrages von Neuilly (Alliierte und Bulgarien). — 1919: Ernst Haeckel, Naturforscher und Philosoph, in Jena gest. — 1896: Otto Lilienthal, Begründer des Flugwesens, bei Rhinow tödlich verunglückt.

Stolz weht die Flagge ...

Dresden hat „große" Tage — die bürgerlichen Radfahrer halten ihren Bundestag ab. Begleitet ist dieser Bundestag von einem großen Rummel, der am Freitag begann und am Sonntag in einer Demonstration seinen Höhepunkt erreichte. Die politische „Neutralität" dieser bürgerlichen Sportvereine zeigt sich am deutlichsten an ihren Fahnen. **Schwarz-weiß-rot ist Trumpf!** Fast keine Gruppe erscheint ohne diese Farben.

Das Bürgertum ist der Aufforderung zu flaggen restlos nachgekommen. In der inneren Stadt hängt eine schwarz-weiß-rote Fahne neben der anderen, und fast nur die städtischen und staatlichen Gebäude zeigen — ganz verschämt — die Farben der Republik.

Wochenlang hatte das Bürgertum die Werbetrommel gerührt; spaltenlange Artikel erschienen in der bürgerlichen Presse. An Finanzen fehlte es ja nicht, denn **„freudig und gern unterstützt ja die Industrie diese Unternehmungen"**, wie die Festschrift ganz offenherzig ausplaudert.

Das Geld, das in solchen nationalistischen Rummel gesteckt wird, macht sich hundertfach bezahlt. Das weiß das Bürgertum nur zu gut. Es spekuliert auf die Dummheit großer Teile von Arbeitern, und leider noch immer nicht zu Unrecht. Wieviel tausend Arbeiter stecken noch immer in solchen „Sport"vereinen und lassen sich mißbrauchen zu dieser Art „teutschen" Kundgebungen?

In großzügigster Weise wird dieser Rummel von Stadt und Polizei gefördert. Die Straßenbahn gibt Wochenkarten, die ein gewöhnlicher Sterblicher mit 1,50 Mark bezahlt, für 1 Mark an die bürgerlichen Radfahrer ab! Der „alte" Sozialdemokrat, Polizeipräsident Kühn, hebt den Bannkreis auf! Stundenlang werden die verkehrsreichsten Straßen dem Publikum entzogen, die Polizeistunde wird aufgehoben. **Die Antikriegskundgebung der KPD, des RFB usw. aber verbietet Herr Kühn!** Wehe dem Arbeiter, der die Verkehrsordnung nicht innehält, unbarmherzig wird ihm 1 **Mark** Strafe abgeknöpft. Haben wir schon einmal erlebt, daß die Stadt„väter" Arbeiterveranstaltungen so großzügig unterstützten?

Unter großem Tam-Tam fand am Freitag die Eröffnung statt. Interessant ist, daß an den Festlichkeiten neben Staatsrat Dr. Matthes und dem „alten" Sozialdemokraten Kühn von der sächsischen Regierung auch der „linke" Sozialdemokrat N... teilnahm.

Bei der gestrigen Demonstration zeigte sich die moralische Verkommenheit des bürgerlichen Sports in ganz besonders krasser Weise. Konnte man schon an den verschiedensten Ehrenpforten die Geschäftstüchtigkeit der Brauereien bewundern, so nahm die Reklame der Fabrikanten und die Sauferei am Sonntag den größten Umfang des ganzen Rummels ein. Nirgends war von einer Begeisterung der Zuschauer — meist nur Neugierige — etwas zu merken. **Ge—allheilt wurde fast nur in den ersten und zweiten Etagen und — in den Weinkneipen.** Auch da wiederum nur von Kindern oder alten Jungfern.

Bezeichnend war ein Bild, das sich an der Ringstraße zeigte. In der ersten Etage vollgefressene Bourgeoisie, am Fenster „nur" drei Flaschen Wein. Sie brachten das Allheilen am besten — — — —.

Interessant waren die Bilder der verschiedenen Gewerbezweige; zum Beispiel zeigte man Bergarbeiter mit Schmerbauchen, und ähnliche Imitationen mehr.

Kraß zeigten sich die Klassenunterschiede: die Proleten auf ihren Fahrrädern, die „hohen Herrschaften" in Autos und Kutschen.

Ein unerhörter Skandal zeigte sich hierbei. Jeder Verein hatte an der Spitze ein Schild des betreffenden Ortes. **Diese Schilder ließ man von zehn- bis zwölfjährigen Jungen tragen, die stundenlang im Trab vor den Radfahrern herrennen mußten.**

Es ist bezeichnend, daß dieser Skandal von den Behörden nicht verboten wurde. Daß die „Wacht am Rhein" feste gegrehlt wurde, versteht sich.

Teutsche Frauen — die Wacht am Rhein — das gute Pilsner und schwarz-weiß-rote Fahnen — das ist das Bild dieses Rummels! —

Dresdner Volksbühne E. V.

In Würdigung der wirtschaftlichen Notlage, in der sich die längere Zeit erwerbslosen Mitglieder der Dresdner Volksbühne befinden, hat der Verein Dresdner Volksbühne beschlossen, von diesen Mitgliedern bis auf weiteres den Vorstellungspreis für die Pflichtveranstaltungen des Vereins nicht zu erheben, ihnen vielmehr den Besuch der Pflichtveranstaltungen, zu denen sie nummernmäßig aufgerufen werden, unentgeltlich zu gewähren. Voraussetzung ist, daß das Mitglied zur Zeit des Aufrufes seiner Mitgliedsnummer erwerbslos ist und daß diese Erwerbslosigkeit ununterbrochen schon mindestens 3 Wochen besteht.

Wer die Voraussetzung erfüllt und von dieser Vergünstigung Gebrauch machen will, hat bei Aufruf seiner Mitgliedsnummer

1. rechtzeitig vor der Vorstellung in der Geschäftsstelle des Vereins Schloßstraße 34/36, 2. Stock, während der Geschäftsstunden von 11 bis 3 Uhr
   a) den Erwerbslosenausweis und die Mitgliedskarte vorzulegen,
   b) einen Vordruck in zwei Stücken auszufüllen, womit erklärt wird, daß von der Vergünstigung Gebrauch gemacht wird.
2. am Vorstellungstage an der Abendkasse des Vereins bei Vorlegung der Mitgliedskarte an Stelle des Vorstellungspreises ein Stück des ausgefüllten und von der Geschäftsstelle abgestempelten Vordruckes abzugeben.

Die Vergünstigung gilt auch für die Ehefrau, wenn sie Mitglied der Volksbühne ist und keinen eigenen Erwerb hat. Gegebenenfalls ist die Mitgliedskarte der Ehefrau mit vorzulegen und der Vordruck entsprechend auszufüllen.

Für versäumte Pflichtveranstaltungen wird keine Vergünstigung gewährt.

Mitglieder, die erst nach Erlaß dieser Bestimmungen ihre Mitgliedskarte umtauschen, haben in gleicher Weise Anspruch auf die Vergünstigung, wenn sie die Voraussetzung erfüllen.

Die entgeltliche oder unentgeltliche Weitergabe der vom Verein unentgeltlich erhaltenen Eintrittskarten ist in keinem Falle zulässig. Diese Eintrittskarten sind ausschließlich für das erwerbslose Mitglied und gegebenenfalls für dessen Ehefrau bestimmt.

Volksfürsorge. Vom Verein Volksfürsorge wird uns geschrieben: Die Volksfürsorge, das Versicherungsinstitut der deutschen Arbeitnehmerschaft, kann für das erste Halbjahr 1926 nachstehende beachtliche Erfolge buchen. Der Zugang an Neuversicherungen betrug 117 000, so daß der Gesamtversicherungsbestand per 30. Juni 1926 rund 870 000 erreicht hat. Die Gesamtversicherungssumme nahm um 50 Millionen RM. auf ca. 220 Millionen RM. zu. An Sterbegeldern wurden in den ersten sechs Monaten 1926 300 000 RM. ausgezahlt. Damit hat die seit Einführung wertstabiler Währung ausgezahlte Sterbegeldsumme die Höhe von 1,5 Millionen RM. erreicht. Zur Förderung des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues u. a. wurden Darlehen, deren Anlage mündelsicher erfolgte, in Höhe von 15 Millionen ausgeliehen. Unter günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen hätte das Resultat bestimmt noch ganz andere Zahlen gezeigt. Der Versicherungsgedanke schlägt wieder Wurzeln im Volk. Die Erkenntnis wächst, daß jeder sich der Verantwortung für seine Familie bewußte Familienvater seine Angehörigen für den Fall seines Todes finanziell sicherstellen muß. Die Volksfürsorge bietet verschiedene Versicherungsmöglichkeiten (Sterbegeldversicherung, Versicherung auf Tod- und Erlebensfall, Kinderversicherung usw.). Jeder sollte sich und seinen Angehörigen umgehend einen Versicherungsschutz sichern. Versicherungsschutz im vorgerückten Alter ist immer kostspieliger. Ein Versicherungsabschluß bei der Volksfürsorge ist nicht allein wegen den denkbar günstigsten Leistungen und Versicherungsbedingungen zu empfehlen, sondern auch wegen der vorteilhaften Teilnahme am jährlichen Geschäftsgewinn (Gewinnanteile der Versicherten für 1925 gleich 20 Prozent in der Volks-, 25 Prozent in der Lebensversicherung). Die mit Zins und Zinseszins (1925 gleich 8 Prozent) angesammelten Gewinnanteile werden bei Ablauf der Versicherung oder bei früher eintretendem Tod neben der vereinbarten Versicherungssumme ausgezahlt. Kein Arbeiter, kein Angestellter, kein Gewerkschafter, kein Genossenschafter versichere sich anderswo als bei seinem eigenen Unternehmen, der Volksfürsorge. Die Vertreter der Volksfürsorge in den Stadt- und Landesbezirken nehmen auch Anträge für die „Eigenhilfe", Feuer- und Sachschadenversicherung A.-G., entgegen. Anmeldungen nehmen alle Konsumvereinsfilialen, Gewerkschaftsbureaus und die Geschäftsstelle, Dresden-A. 1, Ritzenbergstr. 6, I. (Fernruf 28 426), entgegen. Bestellungen auf Inserate in Organisationen und Angebote wegen Mitarbeit richte man nur an die Geschäftsstelle.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die zur Erholung untergebrachten Dresdner Kinder treffen ein aus Württemberg am 10. Aug. 1926 früh 6,53 Uhr (Transp. v. 25. 6.), aus Württemberg am 11. August 1926 früh 6,53 Uhr (Transp. v. 26. 6.), aus Reichenberg und Warnsdorf am 11. August 1926 mittags 1,29 Uhr, aus Lenggries am 10. August 1926, abends 11,50 Uhr. Die Angehörigen der Kinder werden ersucht, diese zur genannten Zeit auf dem Dresdner Hauptbahnhof abzuholen.

Schließung der städtischen Geschäftsstellen und Kassen. Wie der Rat mitteilt, bleiben die städtischen Geschäftsstellen und Kassen, mit Ausnahme der Kassen der Stadtbank, die wie an Sonnabenden bis 1 Uhr mittags für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sind, am Mittwoch, den 11. August, dem Verfassungstage, geschlossen.

In der Feuerbestattungsanstalt Dresden sind im Monat Juli d. J. 232 Einäscherungen erfolgt, und zwar 127 männlichen und 105 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 188 evangel., 36 Dissidenten. In 169 Fällen fand religiöse Feier statt. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 19 103 Einäscherungen. Die Anmeldungen zu den Feuerbestattungen haben nicht bei der Feuerbestattungsanstalt direkt, sondern beim Städtischen Bestattungsamt, Neues Rathaus, Eingang an der Kreuzkirche, Fernrufe 17 922, 11 136 und 17 339, zu erfolgen.

Tollwütige Hunde. Vom Wohlfahrtspolizeiamt wird uns geschrieben: Seit der Verhängung der Hundesperre sind bereits wieder zwei weitere Tollwutfälle festgestellt worden. Nach den Vorschriften des Reichsviehseuchengesetzes macht sich dadurch, daß die Gefahr einer Weiterverbreitung der Seuche besteht, eine Verlängerung der Sperrzeit notwendig. Alle Hundebesitzer und -pfleger mögen ihren Hunden besondere Aufmerksamkeit schenken und bei Wahrnehmung irgendwelcher verdächtiger Krankheitserscheinungen nicht nur selbst die nötigen Vorkehrungen treffen, sondern auch unverzüglich Anzeige bei der nächsten Wohlfahrtspolizeiwache erstatten. Dies gilt insbesondere für alle, deren Hunde mutmaßlich mit einem tollen oder tollwutverdächtigen Hund in Berührung gekommen sind. Nur durch freiwillige und verständnisvolle Mitarbeit der Allgemeinheit, insbesondere der Hundebesitzer, kann die Seuche wirksam bekämpft werden.

Aus Ostsachsen

Rabenau. (Geld stinkt nicht, und wenn es gleich von Freidenkern ist.) So dachte der Rabenauer Pfarrer Sturm und schickte den Hinterbliebenen des Anfang Januar verstorbenen Genossen Walter Saite aus Rabenau eine Rechnung über 15,— Mk. Da aber bei der Ueberführung, Einäscherung und Beisetzung der Aschekapsel keine kirchliche Einrichtung benutzt worden war, schickte der Vorsitzende der Gruppe prol. Freidenker, Ortsgruppe Rabenau, die Rechnung zweimal zurück und verbat sich weitere Belästigungen der Hinterbliebenen. Nun schickte der Herr Pfarrer diese Rechnung zum drittenmal und drohte, wenn nicht bis 15. März Bezahlung erfolgt, mit Beitreibung auf gesetzlichem Wege. Die ganze Angelegenheit wurde vom Vorsitzenden der Unterstützungsvereinigung für Feuerbestattung, Bezirk Freital, in die Hand genommen und die Aufsichtsbehörde zur Entscheidung angerufen. Erwähnenswert sei dabei ein Ausspruch des Pfarrers, der erklärte, die Offenhaltung des Friedhofes auch für Andersdenkende sei eine Leistung, und wenn in diesem Fall die Leistung der Kirche nicht in Anspruch genommen wurde, so müßten trotzdem die 15 Mark bezahlt werden. Zum größten Leidwesen des Herrn Pfarrers entschied aber die Kircheninspektion für Rabenau als Aufsichtsbehörde, daß die Ausstellung der Rechnung zu unrecht erfolgt ist und daß das Ortsgesetz der Kirchengemeinde auf Andersdenkende, wenn keine kirchliche Einrichtung benutzt worden ist, nicht anwendbar ist. Nach Angabe des Pfarrers konnte sich der Kirchenvorstand mit dieser Entscheidung nicht zufrieden geben und legte angeblich Berufung ein. Aber auch diese Instanz hat die Berufung des Kirchenvorstandes verworfen. Also war es diesmal nichts mit den 15 Mk. Die ganze Angelegenheit grenzt an Erpressung, und es wäre eigentlich Aufgabe der Staatsanwaltschaft, die Sache zu untersuchen, inwieweit seitens des Herrn Pfarrers gegen das Strafgesetzbuch verstoßen worden ist. Eine Frage aber, Herr Pfarrer Sturm: Ist wirklich gegen die erste Entscheidung Berufung eingelegt worden, und warum erhält der Vorsitzende der Feuerbestattungskasse von der Berufungsinstanz nicht auch die Entscheidung oder eine Abschrift? Man kann dadurch sehr leicht der Auffassung sein, daß keine Berufung eingelegt, sondern nur vorgeschoben wurde, um die Niederlage nicht einzugestehen. Der Arbeiterschaft aber sei gesagt: haltet der Kirche gegenüber den Geldbeutel verschlossen und zieht die Konsequenzen. Heraus aus der Kirche! Meldet eure Kinder ab vom Religionsunterricht und hinein in die Gemeinschaft prol. Freidenker und deren Feuerbestattungskasse.

Seifhennersdorf. (Bericht von der Gemeindeverordnetensitzung.) Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende bekannt, daß die Vorarbeiten zur elektrischen Bahn Rumburg—Seifhennersdorf—Warnsdorf nunmehr von dem Ministerium genehmigt sind und in Angriff genommen werden können. Zu Punkt 2 sprach das Kollegium die Rechnung über die Preisefestsitzung mit 200 Mk. Einnahmen und Ausgaben richtig. Zu Punkt 3, betr. Bisamrattenfang, wurde beschlossen, sich den anderen Gemeinden unter gleichen Bedingungen anzuschließen. Punkt 4 Erwerbslosenforderungen: Der Eingabe der Erwerbslosen wurde nach langer Aussprache folgendermaßen Rechnung getragen: 1. Die Gemeinde wird, nachdem die Notstandsarbeiten zu Ende gehen, sofort Mittel und Wege suchen, um neue Notstandsarbeiten zu finden. Eventl. soll sogar der Erwerbslosenrat mit dem Bürgermeister beim Arbeitsministerium vorstellig werden betr. Mittelbeschaffung. Zurzeit sind annähernd 200 Erwerbslose vorhanden, davon werden 81 mit Notstandsarbeiten beschäftigt. 2. Bezahlung des Versammlungsraumes: Genosse Ohst ging eingehend auf diese Forderung ein, welche für die Gemeinde eine Lappalie darstellt, und stellte dementsprechende Anträge; dem widersprach der SPD.-Mann Hirsch (!). Infolgedessen wurde der Antrag Ohst abgelehnt und beschlossen, mit den Gastwirten Rücksprache zu nehmen. 3. Bezahlung der Regentage: Es wurde beschlossen, so zu verfahren, daß bei hintereinanderfolgenden Regentagen für die Notstandsarbeiter der Wohlfahrtsausschuß eingreifen muß. Weiter forderten die Erwerbslosen, daß Tiefbauarbeiten in eigener Regie ausgeführt werden. Genosse Simm begründete diese Forderung eingehend. Es wird in Zukunft von Fall zu Fall entschieden werden. Weiter wurde angefragt, wie es um die so gepriesene Bautätigkeit bestellt ist. Wegen der hier betriebenen Wohnungsbaupolitik wird in nächster Sitzung ein ernstes Wort zu reden sein. Nachdem folgte die übliche Dunkelkammer.

Rundfahrten durchs Osterzgebirge

Wir bringen einige Vorschläge für Rundfahrten, die durch die Eröffnung der neuen Kraftwagenlinien Schmiedeberg—Hermsdorf—Rehefeld und Frauenstein—Hermsdorf—Rehefeld ermöglicht werden, unter besonderer Berücksichtigung der in Dresden aufliegenden Sonntagskarten mit wahlweiser Streckenbenutzung. Mit Sonntagskarten darf man schon am Sonnabend diejenigen Züge benutzen, die von mittags 12 Uhr ab von der Ausgabestation der Sonntagskarten abgehen, einschließlich des Zuges 11,52 ab Dresden nach Frauenstein und Freiberg—Hermsdorf—Rehefeld. Die Rückfahrt darf auch am Montag mit einem Zuge angetreten werden, der spätestens 9 Uhr vormittags von der Zielstation der Sonntagskarte abgeht.

A. **Halbtagsfahrten** (mit Sonntagskarte also nur am Sonntag nachmittag ausführbar, nicht am Sonnabend!)

1. **Ueber Frauenstein nach Rehefeld, durchs Weißeritztal zurück:**
Bahnpost ab Dresden 11,52 nach Frauenstein, an 2,40;
Kraftpost ab dort 2,45 nach Zollhaus oder Kurhaus Wettin;
Wanderung nach Rehefeld und Zaunhaus, oder mit Kraftpost ab Kurhaus Wettin 3,54 nach Zaunhaus;
Kraftpost ab Zaunhaus 7,10 nach Schmiedeberg;
Bahn ab dort 8,23, in Dresden 10,20.
Sonntagskarte: Frauenstein.

2. **Ueber Frauenstein und Rehefeld nach Altenberg, durchs Müglitztal zurück:**
Wie unter 1. bis Kurhaus Wettin;
Kraftpost ab dort 3,54 über Rehefeld nach Altenberg,
Wanderung zum Geisingberg oder zum Vorwerk Geising;
Bahn ab Altenberg 7,00 (Sonntags auch beschl. Zug 8,26),
ab Geising (Stadt) 7,21 (Sonntags auch 8,47),
in Dresden 10,17 (Sonntags auch 11,01).
Wahlweise: ab Kurhaus Wettin mit Kraftpost erst 5,34 oder ab Zaunhaus 6,13 nach Altenberg, an dort 6,40.
Sonntagskarte: Altenberg.

B. **Tagesausflüge**

Bahn früh 6,23 über Freiberg nach Hermsdorf-Rehefeld, an 9,39 (Sonntags 9,25);
Kraftpost ab dort 10,05 nach Zaunhaus
entweder sofort weiter bis Altenberg (an dort 10,38)
oder erst 1,33 oder 4,13 oder 6,13;
im übrigen wie unter 2.
Sonntagskarte: Hermsdorf-Rehefeld.

3. **Durchs Weißeritztal nach Rehefeld, durchs Müglitztal zurück:**
Bahn früh 5,45 nach Schmiedeberg;
Kraftpost ab Schmiedeberg 8,15 nach Rehefeld oder Zaunhaus oder Kurhaus Wettin;
weiter wie unter 2., oder schon 1,33 mit Auto nach Altenberg und mit Bahn wie unter 2. zurück.
Sonntagskarte: Altenberg.

4. **Durchs Müglitztal nach Altenberg, über Rehefeld und durchs Weißeritztal zurück:**
Bahn ab Dresden früh 5,40 (Sonntags nur 5,24) nach Altenberg, an 9,01 (Sonntags 8,07 beschleunigter Zug, 8,43 gewöhnlicher Zug);
ab Altenberg mit Kraftpost ab 8,50 bzw. 9,10 oder 1,00 oder 4,55 nach Zaunhaus usw.;
abends 7,10 zurück wie unter 1.
Sonntagskarte: Altenberg.

C. **Einundeinhalbtags-Fahrten (besonders auf Sonntagskarten, am Sonnabend ab Dresden)**

3,13 nachm. ab Dresden nach Altenberg (oder abends [illegible] ab Dresden, in Altenberg abends 11,37);
Kraftpost abends 6,40 oder am Sonntag früh 6,40 oder 8,50 bzw. 9,10 oder 1,00 oder 4,55 nach Zaunhaus usw.;
Rückfahrt wie unter 1.
Sonntagskarte: Altenberg.
Nachmittags 4,46 Bahn nach Schmiedeberg, ab dort 6,15 Kraftpost nach Rehefeld,
am Sonntag wie unter 6 nach Altenberg und Dresden.
Sonntagskarte: Altenberg.
oder wie unter 1. nach Dresden.
Sonntagskarte: Schmiedeberg.

D. **Fahrten unter voller Ausnutzung der Geltungsdauer der Sonntagskarten**

am Sonntag mit einer der Kraftposten nach Zaunhaus oder Fußwanderung dahin;
am Montag früh 7,10 ab Zaunhaus mit Kraftpost nach Schmiedeberg, an dort 8,10; mit Bahn weiter 8,41 nach Dresden, an 10,31.
Sonntagskarte: Altenberg.
Am Sonnabend wie unter 1. nach Rehefeld usw.;
am Montag früh mit Bahn ab Altenberg 6,30,
in Dresden 8,32.
Sonntagskarte: Altenberg.

E. **Mehrtägige Fahrten** lassen sich nach sämtlichen Punkten zusammenstellen. Verwiesen sei hierbei insbesondere auf die Möglichkeit, vormittags von Altenberg über Rehefeld und Frauenstein nach Dresden zu gelangen:
ab Altenberg mit Kraftpost früh 9,10 (Sonntags 8,50) über Rehefeld nach Kurhaus Wettin;
ab dort weiter mit Kraftpost 10,00 nach Frauenstein;
ab dort mit Bahn 10,59 nach Dresden, an 1,26 nachm.

Rundfunk

Dienstag, den 10. August

3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle).
3 Uhr: C. M. Alfieri und Frl. von Enzeren: Spanisch.
3.35 Uhr: Oberschulrat Hilker: „Aufbau und Haltung".
4—4.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
4.30—5.15 und 5.30—6 Uhr: Ein Nachmittag für unsere Kinder. Mitwirkende: Wanda Schmitzing (Gesang), Theodor Blumer (Klavier), Anneliese Würz (Rezitationen).

Dazwischen:

5.15—5.30 Uhr: Franziska Liebmann-Dresden: „Der Haushalt einst und jetzt".
6.30—7 Uhr: Erich Schatter: „Photounterrichtskursus für Amateure". 8. und letzter Vortrag.
7—7.30 Uhr: H. Freiherr von Klöckler: „Gestirn und Mensch". 1. Vortrag.

Erstaufführung im Rundfunk.

7.45 Uhr: Belcanto. Komische Oper in einem Akt (zwei Bildern) unter Benutzung der Riehlschen Novelle „Ovid bei Hofe" von Carl Willnau. Musik von Hans Ludwig Kormann. Dirigent: Hilmar Weber. Das Leipziger Sinfonieorchester.
Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk.
Anschließend: Funkpranger.
Darauf: 10—11.30 Uhr: Tanzmusik, ausgeführt von der Kapelle „Wenskat und seine Prominenten".

Voraussichtliches Wetter am 10. August (Dienstag): Abwechselnd heiter und wolkig, Regenschauer, strichweise Gewitter, Temperatur wenig verändert.
Am 11. August (Mittwoch): Zeitweise heiteres, meist nebliges, etwas wärmeres Wetter mit Gewitterregen.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag" Filiale Dresden-Freital. Verantwortlicher Redakteur Willy Schneider.

17. ordentlicher Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes

(Fortsetzung.)

Nachmittagssitzung vom Montag, den 2. August

Dißmann erhält das Wort zum Geschäftsbericht und spricht über die Krise der deutschen Wirtschaft und die damit verbundene Arbeitslosigkeit. Der Vorstand des DMV habe sofort bei Beginn der Krise dazu Stellung genommen und Maßnahmen zur Abwehr der schwersten Auswirkungen auf die Arbeiterschaft getroffen. Der DMV hat nicht kampflos das Feld den Angriffen der Metallindustriellen überlassen. Wenn behauptet wird, daß die Metallarbeiter nicht kämpfen wollen, bzw. nicht gekämpft haben, so ist das eine Lüge. Dißmann nennt die Stichworte, die in der Metallindustrie gezahlt werden und fragt, ob es solche Löhne auch schon in der Vorkriegszeit gegeben hat. Er verliest der „Bergischen Arbeiterstimme", Solingen, die unterschieben, daß sie die Vereinigung des Industrieverbandes mit dem Metallarbeiterverband durch Veröffentlichung eines Artikels zum Metallarbeiterverbandstag, sabotiert habe. Dann rechnet Dißmann in Gesamtstunden aus, um wieviel sich die Arbeitszeit in der Metallindustrie im letzten Jahre verkürzt habe. Er gibt zu, daß die Krise die Löhne gedrückt hat, im gleichen Atemzuge aber spricht er davon, daß der Verband dem Faschismus der Industriellen Stand gehalten habe.

Zum Schlichtungswesen sagt Dißmann, daß er zwar dafür sei, jedoch dürfte den Arbeitern nicht die Möglichkeit genommen werden, wenn sie mit dem Schiedsspruch unzufrieden sind, den Kampf um ihre Forderungen aufzunehmen. Er muß zugeben, daß die Schlichter, die aus dem DMV hervorgegangen sind, durch ihre Praxis bewiesen, daß sie mehr Sinn für die Interessen des Unternehmertums, als für ihre ehemaligen Verbandskollegen haben.

Es liegen eine Reihe Anträge vor, die zur Arbeitsgemeinschaft Stellung nehmen. Ich muß erklären, daß wir jede Form der Arbeitsgemeinschaft ablehnen und auch in Zukunft ablehnen werden. Wenn die Herren in der Schwerindustrie sich nicht nur darauf beschränken, in ihrem Betrieb die Verhältnisse zu Ungunsten der Arbeiter zu gestalten, sondern auch auf die übrige Industrie übergreifen, so ist klar, daß auch dies für uns bedeutsame Aufgaben stellt. Die Frage der Industrieverbände ist für uns nach wie vor eine der wichtigsten Fragen. Jedoch ist die Erkenntnis notwendig, daß dazu alle freigewerkschaftlichen Organisationen bereit sein müssen. Wir lehnen es ab, die Frage der Industrieverbände von unserer Zugehörigkeit zum ADGB abhängig zu machen. So lange nicht alle übrigen Organisationen die Bildung von Industrieverbänden anerkennen, stehen wir zu den Breslauer Beschlüssen. Es sind über 200 000 Metallarbeiter in anderen Industrien beschäftigt und werden gemäß den Breslauer Beschlüssen alles versuchen, diese Metallarbeiter im DMV zu organisieren.

Mit den Kupferschmieden werden wir im engsten Kartellverhältnis auf allen Gebieten zusammenarbeiten. Der Vertreter der Maschinisten und Heizer ist leider hier nicht anwesend. Wir würden gern auch mit dieser Organisation, wie mit den Kupferschmieden ein enges Kartellverhältnis hergestellt zum Zweck der späteren Vereinigung. Es muß möglich sein, bei gutem Willen eine Verschmelzung herbeizuführen. Der Solinger Industrieverband hat seinen Uebertritt in den DMV beschlossen und, ich freue mich, mitteilen zu können, daß die Leitung des Industrieverbandes alles daran setzt, die 6000 Mitglieder in den DMV zu überführen.

Wenn ein Antrag vorliegt, der auf den Kampf im englischen Bergbau hinweist, so kann ich erklären, daß unsere Sympathie durchaus den englischen Bergarbeitern gehört. Es ziemt sich jedoch nicht, jetzt schon ein Urteil über die Taktik sowohl im englischen Generalstreik, sowie auch über den Bergarbeiterkampf abzugeben. Wenn jetzt schon einige Freunde der Organisation mit ihrem Urteil über den Kampf fertig sind, so ist damit der Sache der englischen Bergarbeiter durchaus nicht gedient. Es ist eine Schande, daß der deutsche Bergarbeiterverband und der ADGB von gewisser Seite als Streikbrecher beschimpft werden.

Es liegt auch ein Antrag vor, der eine Aenderung der Kampftaktik will. Konferenzen der Betriebsräte, der Gewerkschaften, der Erwerbslosen, ein Kongreß der Werktätigen wird gefordert; ich frage die Vertreter dieser Anträge, was sie sich als Resultat dieser Konferenzen vorstellen. Wir sehen schon seit langer Zeit mit Besorgnis, wie durch derartige Forderungen bei den Arbeitern der Eindruck erweckt wird, als ob derartige Konferenzen etwas Positives erreichen könnten. Ich muß erklären, daß damit nur falsche Hoffnungen erweckt werden und die Folge bei einem großen Teil der Arbeiterschaft nur Enttäuschung sein wird.

Den Betriebsräten hat der DMV seit Jahren die stärkste Aufmerksamkeit geschenkt. Wenn heute wiederum ein Reichsbetriebsrätekongreß gefordert wird, so sage ich: Es ist jetzt nicht Zeit zu Reichsbetriebsrätekongressen. Wir haben eine Betriebsräteabteilung und eine Betriebsrätezeitschrift und sind bestrebt, die Betriebsräte für ihre Aufgaben zu schulen.

Auch zur Jugendfrage liegen Anträge vor und ich kann nur wiederholen, daß, wenn im DMV 65 000 Jugendliche organisiert sind, so beweist das, daß die Jugendlichen Vertrauen zur Organisation haben.

Dißmann schildert sodann das Tarifwesen, die Zahl der zwischen dem DMV abgeschlossenen Lehrverträge und will damit beweisen, daß der Verband alles getan habe, um die Sache der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge zu vertreten.

Zur Frage der Sozialpolitik erkläre ich, daß unser ganzes Tun und Handeln Sozialpolitik ist. Das Washingtoner Abkommen soll ratifiziert werden, doch wehren wir uns dagegen, daß man durch Ausnahmebestimmungen den Achtstundentag zur Karikatur macht.

Das Erwerbslosenproblem ist zweifellos das wichtigste Problem, das uns heute zu beschäftigen hat. Mir dünkt, daß die Arbeitslosigkeit noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat und mir graut vor dem nächsten Winter. Die Stillegung der Betriebe und die Arbeiterentlassungen sind nicht immer vom Gesichtspunkt der Notwendigkeit durchgeführt worden. In den meisten Fällen diente die Rationalisierung nur der verschärften Ausbeutung. Wir stemmen uns nicht gegen die Einführung neuer Maschinen und Arbeitsmethoden, doch sind wir der Auffassung, daß durch die Rationalisierung eine Besserstellung der Arbeiterschaft und nicht neue Unterdrückungen erreicht werden müssen. Doch die Unternehmer denken nicht daran, sie wenden das Band- und Fließsystem nur an, um die Arbeiter aufs höchste auszupowern. Wenn jedoch die Arbeiterschaft derartig durch neue Arbeitsmethoden angespannt wird, so erkläre ich, daß unter diesem System der Achtstundentag bereits eine zu lange Arbeitszeit ist und wir haben zu fordern den Sechs- oder Siebenstundentag. Wir haben die Vertreter in den Parlamenten beauftragt, zu versuchen, dort ihr möglichstes zu tun.

Und wenn in der „Roten Fahne" vom 14. Juli in einem Artikel von Siegfried Rädel die Behauptung aufgestellt wird, daß nur durch die Initiative der Kommunisten Verbesserungen für die Erwerbslosen erwirkt seien, so muß ich das zurückweisen. Es ist niemals den Gewerkschaften eingefallen, die Forderungen der Erwerbslosen nicht zu unterstützen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist als weiße Salbe bezeichnet worden. Wenn der Reichstag auf unseren Antrag hin dieses Programm angenommen hat, dann wissen wir sehr genau, daß es gilt, alles daran zu setzen, dieses Programm zur Tat werden zu lassen. Die „Bergische Arbeiterstimme" hat die Behauptung aufgestellt, wir hätten uns gegen den kommunistischen Antrag gewandt, der die Beschaffung von Mitteln für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms forderte. Zur Richtigstellung muß ich bemerken, daß der Antrag der Kommunisten vom Plenum des Reichstages dem Haushaltungsausschuß überwiesen wurde. Dieser Ueberweisung haben wir zugestimmt und im Haushaltungsausschuß für den Antrag der KPD gestimmt.

Die Wirtschaftskrise ist kein Problem für den Tag, sondern eine Schicksalsfrage für die Zukunft der Arbeiterbewegung. Die Anträge, die zu dem Erwerbslosenproblem Stellung nehmen, werden den Verbandstag eingehend beschäftigen. Wenn wir uns nicht der Arbeitslosen annehmen, dann schlägt die Schicksalsstunde der Arbeiterschaft. Man möge aber nicht ein frevelhaftes Spiel treiben mit den Erwerbslosen und sie gegen die Gewerkschaften aufputschen, denn das würde sich an der Arbeiterschaft bitter rächen. Ich hoffe, daß es durch gemeinsame Arbeit gelingen wird, das Problem der Arbeitslosigkeit mit Erfolg zu lösen. Wir wissen als Sozialisten, daß die Krise von heute nur durch den Kampf der Arbeiterklasse gelöst werden kann. Laßt uns versuchen, das geistige Rüstzeug für den Kampf der Arbeiterschaft uns anzueignen. Dazu dient auch die Wirtschaftsschule des Verbandes in Dürrenberg. Ihr Zweck ist, der Arbeiterklasse das notwendige Wissen zu vermitteln.

Es ist notwendig, daß die politische Zerklüftung der Arbeiterklasse zurückgestellt wird. Wir müssen auch in den Andersdenkenden den Kameraden sehen. Weder staatspolitische Rücksichten, noch politische Verhetzung kann die Arbeiterschaft instandsetzen, ihre Kraft zu entfalten, sondern nur durch gemeinsame Arbeit können wir der Arbeiterbewegung dienen. Niemand ist unfehlbar und auch der Vorstand des DMV denkt nicht daran, die Kritik zu unterbinden. Kritisiert also meinen Geschäftsbericht und gebt der Leitung der größten Organisation im ADGB eine Richtlinie, die das Vertrauen zum Verband stärkt und die Macht der Organisation zur Entfaltung bringt. Wir wollen versuchen, den anderen Organisationen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Brandes: Es liegt ein Antrag zur Sympathiekundgebung für die englischen Bergarbeiter vor. Dazu erhält zur Begründung das Wort der Kollege Niederkirchner.

Niederkirchner, Berlin: Ich glaube, daß alle Delegierten die Bedeutung des englischen Bergarbeiterkampfes erkennen. Wir halten es darum für notwendig, durch dieses Telegramm den Kampfwillen der englischen Bergarbeiter zu stärken.

Urich, Berlin, wendet sich gegen die Form des Telegramms. Obwohl der DMV volle Sympathie mit den englischen Bergarbeitern habe, könne er doch niemals eine finanzielle Unterstützung versprechen. Wenn die englischen Bergarbeiter finanzielle Unterstützung bedürfen, so müssen sie sich an die Bergarbeiter-Internationalen wenden. Er beantragt, daß dieses Telegramm dem Bureau zur redaktionellen Bearbeitung überwiesen wird.

Schäfer, Leipzig: Wir haben von diesem Antrag nichts gewußt, haben aber trotzdem als Leipziger Delegation beschlossen, daß die Leipziger Ortsverwaltung 5000 Mark den englischen Bergarbeitern überweisen soll.

Niederkirchner, Berlin: Unser Antrag steht in keiner Weise mit den Bestimmungen der Organisation in Widerspruch. Ich glaube nicht, daß der Kollege Urich einen Beweis dafür erbringen kann. Wenn gegenteilige Bestimmungen beständen, so hätte der Verbandstag die Pflicht, diese zu beseitigen. Es sei auch Pflicht des Verbandstages, seine Solidarität den englischen Bergarbeitern durch die Tat zu beweisen, und wir beantragen daher, auch finanzielle Hilfe zu gewähren.

Bei der Abstimmung wird dem Antrag Urichs entsprochen und das Telegramm dem Bureau zur Bearbeitung überwiesen. Dagegen stimmte eine starke Minderheit. Das von der Opposition beantragte Telegramm hat folgenden Wortlaut:

An alle kämpfenden Bergarbeiter!

800 000 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes senden euch durch ihren in Bremen tagenden Verbandstag ihre brüderlichen Grüße. Euer mit einer in der Geschichte der Arbeiterbewegung beispiellosen Geschlossenheit und Tapferkeit geführter Kampf zur Verteidigung eurer bisherigen Arbeitszeit und des Achtstundentages für die ganze Arbeiterklasse, sowie menschenwürdige Löhne erregt unsere größte Bewunderung. Der brutale Angriff eurer Unternehmer auf eure Existenzbedingungen muß siegreich abgewehrt werden. Würde es gelingen, die Bergarbeiter Großbritanniens niederzuwerfen, wird dies unvermeidlich zur Folge haben, daß die Kapitalisten nicht nur in eurem Lande, sondern in der ganzen Welt eine neue furchtbare Offensive zur weiteren Verschlechterung der Lage der gesamten Arbeiterklasse beginnen und durchführen. Eure Niederlage würde darum unsere Niederlage werden, wie euer Sieg auch unser Sieg ist. Deshalb gilt es, alle Kräfte der Arbeiter zu sammeln für euren Sieg. 13 Wochen habt ihr ohne Wanken durchgehalten. Dafür gebührt euch der Dank aller klassenbewußten Arbeiter. Unser Verbandstag sendet euch darum auch nicht nur die Versicherung brüderlicher Gefühle, er verspricht auch, alles zu tun, um euch den Sieg ermöglichen zu helfen.

Es lebe die internationale Klassensolidarität!

Es lebe der Sieg der englischen Bergarbeiter!

(Fortsetzung folgt.)

Streikbrecherkohle aus dem Plauenschen Grunde

Die riesigen Haldenbestände auf den staatlichen Steinkohlenwerken in Zaukerode sind, wie die „Volkszeitung" meldet, von einer Hamburger Firma aufgekauft worden und werden jetzt verladen. Tagtäglich sind auf dem Freitaler Bahnhof riesige Kohlentransporte zu beobachten, für deren Bestimmungsort Altona angegeben ist. Vom Freitaler Arbeitsnachweis werden fortgesetzt Erwerbslose zum Verladen der ungeheuren Kohlenvorräte vermittelt. Nach der Meldung der sozialdemokratischen Presse sind die Kohlen angeblich für jene deutschen Gebiete bestimmt, die durch die Subvention seit dem Versailler Friedensvertrag Absatzgebiete für englische Kohle geworden waren, nun aber durch den Streik in England keine Kohle mehr erhalten. Dabei soll es sich um das Gebiet der Wasserkante und die Städte Hamburg und Altona handeln.

Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß die ungeheuren Kohlenlieferungen der staatlichen Werke in Zaukerode praktisch eine Unterstützung der englischen Grubenbesitzer darstellen, dabei ist noch gar nicht nachzuweisen, daß diese riesigen Transporte nicht als Streikbrecherkohle nach England verladen werden. Durch diese Tatsache der verstärkten Kohlenlieferung wird die unerhörte Lüge, die Hufemann auf der 4. Sitzung der Exekutive der Bergarbeiterinternationale in Paris aussprach, enthüllt. In Duisburg-Ruhrort betrug die nach England verschiffte Kohlenmenge im Juli 3 Millionen Tonnen. Hamburg hat den traurigen Ruhm, im Juli 900 000 Tonnen Kohlen aus dem Ruhrgebiet und Oberschlesien nach England verschifft zu haben. Zu diesen 4 Millionen Tonnen kommen die in Danzig, Stettin, Bremen und anderen Hafenorten eingegangenen und verschifften Kohlenmengen.

Jetzt wird die Streikbrecherkohle aus den sächsischen Gruben benutzt, um die schwierige Lage der englischen Kohlenmagnaten zu erleichtern und den englischen Bergarbeitern in den Rücken zu fallen. Die deutschen Kohlenbarone versuchen aus dem Kampf der englischen Bergarbeiter und den Schwierigkeiten der englischen Kohlengrubenbesitzer Profite zu schlagen und Absatzmärkte zu erobern. Praktisch ist das ein Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden englischen Grubenproletariats.

Der Transport deutscher Streikbrecherkohle nach England brandmarkt die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie des Deutschen Bergarbeiterverbandes, des Deutschen Verkehrsbundes, des Einheitsverbandes der Eisenbahner und des gesamten ADGB vor der gesamten Arbeiterschaft.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Der Lockruf des Goldes

Roman von Jack London

(80. Fortsetzung.)

Was mir und dem Papier auch geschehen mag, die dreihunderttausend Menschen kommen doch! Und es wird Straßenbahnen geben, Häuser, gutes Wasser, Elektrizität, und alles, was sonst noch dazu gehört."

Unterdessen war Hegan in einem Automobil gekommen. Das Lachen klang durch das offene Fenster herein, und sie hörten, wie es neben dem roten Wagen hielt. Im Wagen befanden sich auch Unwin und Harrison, während Ignes neben dem Chauffeur saß.

„Hegan will ich sprechen," sagte Daylight zu Dede. „Die andern kann ich nicht brauchen. Die können im Auto warten."

„Ist er betrunken?" flüsterte Hegan Dede zu, die ihn an der Tür empfing.

Sie schüttelte den Kopf und wies ihn hinein.

„Guten Morgen, Larry," grüßte Daylight. „Setz dich und beruhige dich. Du scheinst ein bißchen aufgeregt zu sein."

„Das bin ich," antwortete der kleine Irländer heftig. „Grimshaw und Hodgkins gehen zum Teufel, wenn nicht schnell etwas geschieht. Warum bist du heute morgen nicht ins Kontor gekommen? Was willst du tun?"

„Nichts," sagte Daylight nachlässig. „Ich denke, wir lassen sie zum Teufel gehen."

„Aber —"

„Ich habe nichts mit Grimshaw und Hodgkins zu schaffen. Ich schulde ihnen nichts. Außerdem geht es mir selbst nicht besser. Hör, Larry, du kennst mich doch. Du weißt, wenn ich zu etwas entschlossen bin, dann tue ich es auch. Und nun habe ich mich entschlossen. Ich habe das ganze Spiel satt. Ich will heraus, so schnell ich kann, und mit einem Krach geht es am besten."

Hegan starrte seinen Chef an und wandte dann sein entsetztes Gesicht Dede zu, die mitfühlend nickte.

„Und daher sollst du alles zum Teufel gehen lassen, Larry," fuhr Daylight fort, „was du zu tun hast, ist, daß du für dich selbst und deine Freunde sorgst. Hör nun zu: Alles ist soweit in Ordnung. Keiner darf zugrunde gehen. Allen, die zu mir gehalten haben, muß geholfen werden, ohne daß sie schaden leiden. Alle ausstehenden Löhne werden auf Heller und Pfennig bezahlt. Alles Geld, das ich vom Wasserwerk, von den Straßenbahnen und den Fähren genommen habe, wird zurückgezahlt. Und du selbst wirst auch keinen Schaden leiden. Alle Gesellschaften, bei denen du beteiligt bist, werden sich halten — — —."

„Du bist verrückt, Daylight", rief der kleine Rechtsanwalt. „Das ist der reine Wahnsinn. Hast du Gift gekriegt?"

„Wahrscheinlich," erwiderte Daylight lächelnd. „Aber jetzt spucke ichs aus. Ich bin krank vom Leben in der Stadt und vom Geschäft. Ich will hinaus in den Sonnenschein, aufs Land und das grüne Gras. Und Dede geht mit mir. Du darfst mir als erster gratulieren."

„Gratulieren — den Teufel will ich! Mit solchen Dummheiten will ich nichts zu tun haben. Was haben Sie denn nur mit ihm gemacht?" sprudelte Hegan heraus und wandte sich ärgerlich gegen Dede.

„Nicht weiter, Larry." Zum ersten Male klang Daylights Stimme scharf, und die Linien in seinem Antlitz, die von Grausamkeit zeugten, traten stärker hervor. „Fräulein Maison wird meine Frau, und wenn ich auch selbstverständlich nichts dagegen habe, daß du mit ihr redest, soviel du willst, so mußt du doch einen anderen Ton anschlagen. Und ich will dir noch etwas sagen. Es geht alles auf meine eigene Kappe. Sie sagt auch, daß ich verrückt bin."

Hegan schüttelte traurig den Kopf, konnte aber kein Wort hervorbringen und stand mit weit aufgerissenen Augen da.

„Es wird natürlich vorläufig Zwangsverwaltung geben," sagte Daylight, „aber die wird nicht lange dauern. Du hast unterdessen die Leute zu retten, die ihre Löhne bei mir haben stehen lassen, alle Gläubiger und alle Unternehmungen, die auf unserer Seite gestanden haben. Die New-Jersey-Leute sind nach ein paar tausend Morgen ausgewesen. Sie nehmen sie gern und schlagen sicher sofort zu, wenn du ihnen einen halbwegs anständigen Preis machst. Das hilft schon."

Dede hatte kaum zugehört, aber plötzlich schien sie einen Entschluß zu fassen, und sie trat vor die beiden Männer. Sie war blaß, aber ihre Züge hatten einen Ausdruck von Entschlossenheit, der Daylight an den Tag erinnerte, als sie das erstemal auf Bob geritten war.

„Halt!" sagte sie. „Ich will dir etwas sagen, Elam, wenn du diesen Unsinn machst, so heirate ich dich nicht."

In seinem Elend sandte Hegan ihr einen dankbaren Blick.

„Ich werde aber doch —", begann Daylight.

„Halt!" unterbrach sie ihn wieder. „Und wenn du es nicht tust, heirate ich dich."

„Den Vorschlag muß ich mir erst klarmachen." Daylight sprach aufreizend langsam und nachdrücklich. „Wenn ich dich recht verstehe, so willst du mich heiraten, wenn ich das Spiel weiterspiele. Du willst mich heiraten, wenn ich weiter arbeite wie verrückt und weiter Martinis trinke."

Nach jeder Frage machte er eine Pause, während sie zustimmend nickte.

„Und du willst mich gleich heiraten?

„Ja."

„Heute? Sofort?"

„Ja."

Er grübelte einen Augenblick.

„Nein, mein Herz, ich tue es nicht. Das geht nicht gut aus, und das weißt du selbst. Ich will dich haben — dich mit Haut und Haar. Sieh, Dede, mit dir auf der Ranch, bin ich deiner sicher und auch meiner selbst. Du kannst sagen was du willst, heiraten tust du mich doch. Und jetzt Larry, ist es am besten, wenn du gehst. Ich bin bald wieder im Hotel, und da ich meine Füße nicht wieder ins Kontor setze, mußt du mir schon die Papiere und was sonst zu erledigen ist, bringen. Du kannst mich jederzeit telephonisch erreichen. Der Krach muß seinen Weg gehen. Savvy? Ich bin fertig damit."

Er erhob sich, um Hegan anzudeuten, daß er gehen solle. Der war wie gelähmt. Er erhob sich zwar, blieb aber dann stehen und sah sich hilflos um.

„Der reine Wahnsinn, völlig verrückt," murmelte er.

Daylight legte ihm die Hand auf die Schulter.

„Nimm dich zusammen, Larry. Ich bin ein größerer Träumer als du, das ist alles, und jetzt träume ich etwas, das in Erfüllung gehen wird. Das ist der größte und schönste Traum, den ich je geträumt habe."

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitersport

Fußball

1. Klasse:

Pieschen—Adler 08 Berlin 3:2 (2:1). Beide führten ein hochklassiges Spiel vor. Die Gäste, im Feldspiel zeitweise besser, hatten aber vor dem Tore ausgeprägtes Pech. Unzählige Schüsse gingen ins Aus. Dem Spielverlauf gerecht zu werden, wäre ein Unentschieden am Platze gewesen.

Helios—Löbtau 3:5 (3:1). In diesem Spiel, das ungewöhnlich schnell durchgeführt wurde, sah man Helios die erste Halbzeit etwas überlegen, doch mußten sie sich im Verlaufe der letzten Spielhälfte dem besseren Spiel der Löbtauer beugen.

Zschachwitz—DSV10 2:4 (1:0). In der ersten Halbzeit kann Zschachwitz die Führung durch Eigentor übernehmen. In der zweiten Hälfte kam durch das bessere Spiel des Bundesmeisters obiges Resultat zustande.

Spielvereinigung 02—Spielv. Sportfr. 09 3:2 (2:0).

DSV15—Potschappel 2:7.

2. Klasse:

DSV15—BFV12 5:2.

Untere Mannschaften. Wurgwitz 1—DSV2 4:0. Wurgwitz 2—Dippoldiswalde 2 1:1. Wurgwitz 3—Kötzschenbroda 2 3:1. 1865 2—09 5:1. Radebeul 2—MBC 1 1:5. 02 2—Kaditz 2 5:4. 02 2—BfR1 1:5. Rähnitz 2—Weißtropp 1 12:0. DSV15 2—Birkigt 2 3:2. Zschachwitz 2—DSV2 3:1. Zschachwitz 4—DSV4 2:1. Zschachwitz 3—Dohna 2 5:4. Fortschritt 2—Eintracht 2 2:5. Fortschritt 1—Potschappel 2 4:2. Neustadt 2—Klotzsche 1 1:2. Helios 2—Cotta 2 17:0. Helios 3—Cotta 3 8:1.

Altersmannschaften. DSV15—BFV12 4:2. Helios—Deuben 2:2.

Jugend. Wurgwitz 1—DSV15 1 5:0. Zschachwitz 1—DSV1 1:2. Fortschritt 1—DSV2 1:3. Fortschritt 1—VfB Riesa 1 3:5. Neustadt 1—3. Gruppe 3:4. Neustadt 2—DSV2 2:1. Helios—Eintracht 1 0:2.

Schüler. 02—Cotta 1:1. Zschachwitz 1—Heidenau 1 1:4. Neustadt 1—02 1 2:1. Neustadt 1—Löbtau 1 1:1. Neustadt 2—Eintracht 1 2:1.

Auswärtige Resultate:

Bezirk Leipzig. Bennewitz—Viktoria 06 4:1. Viktoria 12—Oetzsch 1:5. Oetzsch—Kleinzschochern 4:2. Preußen Mockau—Delitzsch 10:0. Sachsen Gautzsch—Lindenau 1:1. Pegau—VfL Stötteritz 0:2. Plagwitz—Sportfr. Lößnitz 5:2. Frischauf Wurzen—Wiederitzsch 4:2. Großzschochern—Knautkleeberg 1:0. Taucha—Vorwärts Süd 0:6.

Bezirk Chemnitz. Rapid—Fr. T. Meerane 5:0. Pfeil—Fortuna 1:4. Vorwärts—Sturm Frankenberg 3:3. Favorit—Freie Turner Borna 7:0. Konkordia—Simson 1:1. Sportverein Schönau—Einsiedler Sportklub 0:2.

Bezirk Mittweida. Rasensport Döbeln—Gleichheit Teplitz 1:3. Jahn Mittweida—Gleichheit Teplitz 2:1. Döbelner Ballspielklub—Sportlust Hartha 3:0. Sturm Geringswalde—Döbelner Ballspielklub 4:1. Sportlust Hartha—Sturm Geringswalde 7:0.

Voranzeige.

Berichterstatter. Die nächste Vollversammlung findet am Dienstag, den 10. August, 7,30 Uhr abends in der Geschäftsstelle, Ritzenbergstr. 6, part., statt. Jeder Verein ist verpflichtet, einen Vertreter zu entsenden.

Turnspiele

Börsenspiele des 2., 8., 10. und 11. Bezirks. 10. August, Trommelball: 6 Uhr: Niedersedlitz 1—Leuben 1. — 11. August, Raffball: 7 Uhr: Friedrichstadt 2—Löbtau 2. — Jugend: 7 Uhr: Striesen 1—Altstadt 1. — Sportlerinnen: 7 Uhr: Coschütz 1—Löbtau 1; 7,30 Uhr: Neustadt 1—Pieschen 1. — Schlagball, Spielerinnen: 7 Uhr: Striesen 1—Neustadt 1. — 12. August, Raffball: 6,15 Uhr: Leuben 1—Zschachwitz 1. — Schüler: 6,30 Uhr: Friedrichstadt 1—Striesen 1.

Sonntag, den 22. August, Sportfest der Freien Turner Zschachwitz.

Mitglieder A über 20 Jahre alt
Mitglieder B 18 bis 20 Jahre alt.
Mitglieder C Anfänger.

Fünfkampf. 100 Meter, Weitsprung, Hochsprung, Schleuderball, Kugelstoßen 7¼ Kilogramm.

Einzelwettkämpfe. 100-, 200-, 800-, 3000-, 2000-Meter-Gehen, Hoch-, Weit-, Stabhochsprung, Diskus, Speer, Kugelstoßen 7¼ Kilogramm, Hammerwerfen 7¼ Kilogramm.

Stafetten. 4×100, 10×100, Olympische.

Mitglieder 32 bis 40 Jahre. 3-Kampf. 100 Meter-Steinstoßen 15 Kilogramm, Weitsprung.

Mitglieder über 40 Jahre. 3-Kampf. 75 Meter Steinstoßen 15 Kilogramm, Weitsprung.

Jugend A 18 bis 18 Jahre. 5-Kampf. 100 Meter; Kugelstoßen 5 Kilogramm, Weit-, Hochsprung, Speerwerfen.

Einzelwettkämpfe. 100, 200, 1500, 3000 Meter, Diskus, Speerwerfen, Hoch-, Weit-, Stabhochsprung, Kugelstoßen.

Jugend B 14 bis 16 Jahre. 3-Kampf. 100 Meter, Kugelstoßen 5 Kilogramm, Weitsprung.

Einzelwettkämpfe. 100, 200, 1000 Meter, Schlagballweitwerfen, Hochsprung.

Stafetten gemeinsam. 4×100, Schweden.

Sportlerinnen 14 bis 16 Jahre. 3-Kampf. 75 Meter, Schlagballweitwerfen, Weitsprung.

Einzelwettkämpfe. 100 Meter, Hochsprung, Kugelstoßen 5 Kilogramm.

Sportlerinnen über 16 Jahre. 3-Kampf. 100 Meter, Kugelstoßen 5 Kilogramm, Hochsprung.

Einzelwettkämpfe. 100 Meter, Weitsprung, Diskus, Speerwerfen, Schlagballweitwerfen.

Stafetten gemeinsam. 4×100, kleine Olympische 200, 50, 50, 100.

Die Wettkämpfe sind offen für den 2., 9., 10. und 11. Bezirk. Meldungen bis 10. August an Gen. Bormann, Zschachwitz, Schallerstraße 8. Genaues Programm über Zeit der Wettkämpfe wird den Vereinen nach Meldeschluß zugestellt.

Ausschreibung zu den Bezirksausscheidungen des 4. Bezirks am 15. August in Löbau.

Leichtathletische Bezirksausscheidungen am 15. August in Löbau. Teilnahmeberechtigt sind sämtliche Bezirksangehörige aller Sparten. Mehrkämpfe finden keine statt. Die Kämpfe werden ausgetragen für Mitglieder, Jugend, und Sportlerinnen, in folgenden Altersklassen: Jugend 14 bis 16 Jahre und 16 bis 18 Jahre; Sportlerinnen 14 bis 16 Jahre und 16 bis 18 Jahre, sowie Mitglieder über 18 Jahre.

Ausgeschriebene Wettkämpfe.

Mitglieder: Lauf: 100, 200, 400, 5000 Meter; Sprung: Hochsprung m. Anlauf, Weitsprung m. Anlauf, Dreisprung beliebig; Stabhochsprung; Wurf: Schleuderball, Speer, Diskus, Kugelwerfen 5 Kilogramm; Stoß: Steinstoß 15 Kilogramm, Kugelstoß 7¼ Kilogramm.

Jugend: Lauf und Sprung: 100, 400, 1000 Meter; Hochsprung m. Anlauf, Weitsprung m. Anlauf, Stabhochsprung; Wurf und Stoß: Diskus, Speer, Schleuderball, Schlagball weit, Kugelstoß 5 Kilogramm.

Sportlerinnen: Lauf und Sprung: 50, 100, 400 Meter, Hochsprung m. Anlauf, Weitsprung m. Anlauf; Wurf und Stoß: Schlagballweit, Schleuderball, Speer, Kugelstoß 5 Kilogramm.

Für Männer über 35 Jahre: Weitsprung, Kugelstoß 7¼ Kilogramm, 50-Meter-Lauf.

Mannschaftskampf, Mitglieder: Speerwerfen, eine Mannschaft 3 Mann.

Stafetten, Mitglieder: 4×100. Olympische Stafette: 800, 200, 200, 400 Meter.

Jugend: 4×100 Meter, 10×100 Meter.

Sportlerinnen: 4×100. Kleine Olympische, 200, 50, 50, 100 Meter.

Nun, Sportgenossinnen und Genossen, die Ausschreibung ist sehr reichhaltig, darum übt und trainiert fleißig, damit auch Leistungen erzielt werden. Für unsere Aelteren ist ebenfalls Kampfgelegenheit geschaffen. Auf in den Kampf, ihr Alten!

Sportwarte-Leiter, achtet auf folgendes! Teilnahmebedingungen sind erst erfüllt, wenn ihr eure Teilnehmer in Altersklassen eingeteilt, namentlich, nebst 10 Pf. Startgeld pro Teilnehmer, an Unterzeichneten bis 5. August gemeldet habt. Nachmeldungen lehne ich unbedingt ab. Kampfrichter kommen auf je 5 Wettkämpfer einer, auch diese müssen namentlich, unter Angabe ihrer bevorzugten Tätigkeit, gemeldet werden. Sämtliche Teilnehmer treffen erst Sonntag früh ein. Antreten zu den Wettkämpfen Punkt 8,30 Uhr auf dem Sportplatz. Genossen, erfüllt obige Bedingungen, damit Gewähr für ordnungsgemäße Durchführung gegeben ist. Einzelheiten folgen in den nächsten Wochen.

Schwimmen

Kinder, kommt zum Schwimmen!

fsd. Dieser Mahnruf wäre eigentlich nicht nötig, wenn die deutsche Republik das Schwimmen als Pflichtfach an sämtlichen Schulen eingeführt hätte. Die Forderung danach wurde 1919 von der Regierung aus finanziellen und technischen Gründen abgelehnt. Die Wassersportvereine im A.-T.- u. Sp.-B. haben trotzdem in diesem Sinne schon eine gewaltige Vorarbeit geleistet. Die Todesopfer infolge Ertrinkens vermehren sich fast jährlich. Nach Mitteilungen des Statistischen Amtes sind in den letzten 20 Jahren in Preußen über 24 000 Kinder ertrunken. Wie kann diese traurige Tatsache aus der Welt geschafft werden? Indem der Mensch in der frühesten Jugend das Schwimmen erlernt. Darum wenden wir uns heute an alle Eltern und Erzieher mit der Bitte, ihre Kinder zu uns zu schicken, um sie von uns im Schwimmen unterrichten und ausbilden zu lassen. Erfahrene Schwimmlehrer bieten die einwandfreie Gewähr für eine vernünftige, sachgemäße Leitung. Eine vorzügliche Atemgymnastik, die die kleinen Körper gut vorbereitet, leitet zum Trockenunterricht über, wobei die Schwimmbewegungen gründlich durchgearbeitet werden und so eine wesentliche Erleichterung für den Lernenden bedeuten. Schritt für Schritt werden die Kinder in die Geheimnisse des Schwimmens eingeführt und systematisch dem Ziele nähergebracht.

Ueber die gesundheitlichen Vorteile des Schwimmens ist zu sagen, daß sie für den kleinen, entwicklungsfähigen Körper von weittragender Bedeutung sind. Der Körper ist frei von aller beengenden Kleidung, in reiner Nacktheit und in staubfreier Luft kann er die wohltuenden Bewegungen restlos auskosten. Die feuchte Luft, frei von Fremdkörpern, dringt beim Schwimmen bis in die äußersten Spitzen der Lungen und beugt so der gefürchteten Tuberkulose vor. Die Herztätigkeit wird gefördert, die gesamte Durchblutung des Körpers wird reger und ergibt einen vorzüglichen Stoffwechsel. Beim Schwimmen arbeiten sämtliche Muskeln des menschlichen Körpers in gleichmäßiger Harmonie. Bis in die allerkleinsten Nervenverästelungen wirken sich die gesundheitlichen Vorzüge des Schwimmens aus, ohne dabei die Vorzüge der Hautpflege zu vergessen, die sich aus dem Bade heraus entwickeln.

Schwimmen ist Körperpflege im wahrsten Sinne des Wortes! Und erst recht für unsere Kinder. Ein grauenhafter Krieg nahm unsere körperliche und sittliche Stärke. Schwach, abgehärmt und unterernährt sind unsere Kinder, frühzeitiges Siechtum und körperliche Schlaffheit, verbunden mit zunehmendem Schiefwuchs, bilden traurige Gefahren. Das Schwimmen als beste Leibesübung wird diese Uebel beseitigen, es wird die Kinder von den so schädlichen Einflüssen bewahren, wenn man sie im frühesten Alter dieser Leibesübung zuführt.

In den Arbeiterschwimmvereinen ist Gelegenheit, sich auf allen Gebieten des Wassersportes weiter auszubilden, im Springen, Tauchen, Schulschwimmen und in den [illegible]. Die Krone des Wassersportes ist aber zweifellos das Rettungsschwimmen. Manche Eltern haben schon um ihr Kind [illegible], wenn es hinauswanderte an Fluß, See und Teich. [illegible] kam die traurige Botschaft: Ertrunken! — Wer will sich [illegible] schuldig machen an solchem Unglück? Doch niemand [illegible] Eltern sind mitschuldig, die es versäumten, ihren Kindern das Schwimmen lernen zu lassen.

Schwimmen ist für den kleinen Körper als Leibesübung äußerst wertvoll. Dazu bietet es ausreichende Badegelegenheit, die eine besondere eingehende Pflege des Körpers [illegible]. Das Wasser als ureigenes Heilmittel zeigt den Weg zu Gesundheit, Sittlichkeit und Körperschönheit.

Gleichzeitig schaffen wir den Kindern durch das Schwimmen ein Stück köstlicher Erinnerung an eine Zeit, wo sie bei ungetrübter Jugendlust im feuchten Element wieder den Glauben an den eigenen Körper fanden, an seine Kraft, seinen Mut, seine moralische und sittliche Stärke.

Schickt die Kinder zum Schwimmen, sie werden euch dankbar sein dafür.

Fr. Sch.

Jugend, lerne schwimmen!

Die Badezeit hat begonnen. Wenn die Sonne vom Himmel lacht, haben die Menschen das Verlangen nach einem [illegible]. Dann kommt die Zeit, wo die Mütter wieder in Sorge um ihre Kinder sind, wenn sie wissen, daß sie ohne Aufsicht in gefährlichen Gewässern baden. Viele Kinder können nicht schwimmen, andere haben wohl die Grundbegriffe der Schwimmkunst gelernt, sind aber doch noch nicht so weit durchgebildet, daß sie der Gefahr des Ertrinkens in allen Lagen gewachsen sind. In den öffentlichen Badeanstalten sind die Badezeiten meistens begrenzt. Die Kinder aber begnügen sich größtenteils nicht damit, sondern wollen noch länger am Wasser verweilen. Die Folge ist, daß sie unbeaufsichtigt außerhalb der Anstalten baden. In den Uebungsstunden der Arbeiterschwimmvereine können die Kinder unter fachmännischer Leitung das Schwimmen erlernen. Sie werden sachgemäß in allen Eigenarten der Schwimmkunst ausgebildet und sind immer mit Gleichgesinnten zusammen. Von bürgerlicher Seite wird uns vorgeworfen, wir betreiben unseren Sport nicht aus idealen Gründen, sondern als politisches Hilfs- und Hetzmittel. (Siehe „Der Schwimmer" Nr. 10 im Artikel „Werbt in der Lehrerschaft".) Wir geben unumwunden zu, daß wir im Sinne des Sozialismus Sport betreiben und unsere Kinder erziehen. Wir stellen uns durch Ausbildung von Rettungsschwimmern und Bereitstellung von Rettungsmannschaften, ohne daß wir Medaillen und Ehrenzeichen dafür verlangen, in den Dienst der Allgemeinheit. Wie sieht es aber in den bürgerlichen Vereinen aus? Bei jeder passenden Gelegenheit beweisen sie ihre politische Neutralität mit Stahlhelmkapellen, schwarzweißroten Fahnen und singen nationalistische Lieder. Arbeiter, Republikaner! Wollt ihr eure Kinder im letzteren Sinne erziehen? Wir hoffen nicht! Schickt darum eure Kinder in die Arbeiterschwimmvereine, kommt selbst und helft sie in unserem Sinne erziehen.

Naturfreunde Dresden. 10. Aug. Jugendabteilung. Abendwanderung. Treff. 7,30 Albertplatz. — 11. Aug. Vereinigte Kletterabteilung Mitgliederversl. 8 Uhr Volkshaus. — Neustadt. Lichtbildervortrag: Die Höhlen unserer Heimat. Mit eigenen Aufnahmen des Gen. Kuscher. — 12. Aug. Alt- und Friedrichstadt. Vortrag: Hypnose und Suggestion. — Johannstadt. Liederabend. — Striesen. Unterhaltungsabend. — Löbtau. Lieder- und Unterhaltungsabend. — Cotta. Rosegger-Abend. Gen. Kirchhoff. — Pieschen. Vortrag: Lehrer Hammer. — 13. Aug. Photosektion. Tonung der Dias. Gen. Sommer und Koitsch. — Hainsberg. 12. Aug. Abendwdg. Poisenwald. 7,30 Rundteil. — Bannewitz. 13. Aug. Versamml. 8 Uhr beim Gen. Richter in Amselgrund. — Radeberg. 10. Aug. Versamml. in der Forellenschänke, 6,30 Papierfabrik.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Montag, den 9. August

Groß-Dresden. **Alle im RFB organisierten Parteigenossen haben heute abend pünktlich 7 Uhr in den „Annensälen" zu erscheinen. Mitgliedsbuch mitbringen!**

Gruppe Reick. Heute abend 7,30 Uhr im Gasthof Reick Mitgliederversammlung.

Dienstag, den 10. August:

Zellengruppe **Cotta 5 und 6.** Abends 7,30 Uhr Mitgliederversammlung in Restaurant „Lübecker Hof". Referent: Genosse Werner.

Roter Frontkämpferbund.

Montag, den 9. August:

Groß-Dresden. Die Mitgliederversammlung fällt aus. Dieselbe findet nunmehr bestimmt Donnerstag, den 12. August in den „Annensälen" statt.

Dienstag, den 10. August:

Klotzsche, Hellerau, Rähnitz. Mitgliederversammlung in der „Hoffnung", Rähnitz. Anfang 7,30 Uhr. Alle erscheinen.

Proletarische Freidenker.

Dienstag, den 10. August:

Königstein. Abends 7,30 Uhr Versammlung im Restaurant „Deutsches Haus". Genosse Papert spricht über: „Vom Weltgeistlichen zum Freidenker."

Amtliche Bekanntmachungen

— Brand-Erbisdorf —

Die Städt. Sparkasse Brand-Erbisdorf verzinst Reichsmark-Spareinlagen mit Wirkung vom 1. Juni 1926 ab mit 6 v. H.

Brand-Erbisdorf, am 16. Mai 1926.

Städtische Sparkasse.

— Ottendorf-Okrilla —

Hausnummer betr.

Es ist festgestellt worden, daß an verschiedenen Wohnhäusern der Gemeinde die Bezeichnung der Ortslisten-Nummer fehlt. Dieser Mangel erschwert die geordnete Durchführung von Zählungen und den Dienst der Zustellungsbeamten nicht minder auch das Aufsuchen der Häuser durch Aerzte, Fremde usw.

Wir verweisen auf § 3 der verkehrspolizeilichen Bestimmungen, nach welcher Vorschrift an jedem Gebäudekomplex die Ortslistennummer nach dem vom Gemeinderat bestimmten Muster nach der Straße zu leicht sichtbar anzubringen und dauernd in gutem Zustande zu erhalten ist. Die beteiligten Grundstücksbesitzer werden hiermit aufgefordert, die Nummer-Bezeichnungen nunmehr ungesäumt anzubringen.

Die Gemeindeverwaltung ist bereit, die fehlenden Schilder im Wege einer Sammelbestellung zu vermitteln.

Bestellungen werden im Rathause — Verwaltung — bis 15. August 1926 entgegenommen.

Ottendorf-Okrilla, am 28. Juli 1926.

Der Bürgermeister.

Verfassungsfeier

Zur würdigen Begehung des Verfassungstages, 11. August, wird gebeten, die öffentlichen und privaten Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen.

Die Diensträume im Rathause sind am Verfassungstage für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Ottendorf-Okrilla, am 5. August 1926.

Der Bürgermeister.

— Freital —

Die Dachdecker- und Klempnerarbeiten für den städtischen Wohnhausneubau im Stadtteil Burgk sollen vergeben werden.

Kostenanschläge können im Stadtbauamte — Rathaus, Zimmer Nr. 10 — entnommen und müssen bis Freitag, den 13. August 1926, mittags 12 Uhr, mit der Aufschrift „Wohnhausneubau im Stadtteil Burgk" und Bezeichnung der betreffenden Arbeiten wieder abgegeben werden.

Die Oeffnung der Angebote erfolgt zur angegebenen Zeit im Beisein etwaiger Bewerber.

Die Ausschreibung erfolgt nach den Bestimmungen über die Vergebung von Leistungen und Lieferungen für die Stadt Freital.

Rat der Stadt Freital, am 7. August 1926.

Alle Lebensmittel! billig
Wilhelm Baege
PIRNA

Tymians Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr
Das einzige wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Theater am Wasaplatz
Unter der blühenden Linde
Ein fröhliches Spiel mit Gesang in 3 Akten von Fr. Gellert
Beginn wochentags 8,15 Uhr, Sonntags 8 Uhr

Heut kehren wir beim „Stellen" ein
Dort soll es sehr gemütlich sein.
Der Name „Schmidt Paul" garantiert,
Daß gutes Bier dort wird serviert.
„Liliengarten"
Dresden, Liliengasse 25

Ganz Dresden staunt über:
KASSNER'S ZAUBER-SCHAU
und
SARRASANI'S
Eintritts-Preise
50 Pf. — 2.50 M.
Täglich 8 Uhr. Sonntags auch 4 Uhr. Nachmittags Kinder halbe Preise

Arbeiter kaufen
Hosen . . . . von M. 3.90 an
Joppen . . . . von M. 4.50 an
und moderne Kleidungsstücke nur in der
Löbt. Volksbekleidung
B. Fliegelmann
Kesselsdorfer Straße 12

Leser
beruft euch bei Einkäufen auf die „Arbeiterstimme"!

Farben, Lacke, Firnisse, Pinsel
Sorg. streichfertige Fußboden-Lack- und Oelfarben kaufen Sie immer gut und preiswert im
Drogen- und Farbenhaus Paul Sachse
Pirna, Lange Str. [illegible]